

# Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9. Téléphone: Trudaine 46-52

Nr 242 SONNTAG, 6. Februar 1938

Aus dem Inhalt:

Sind wir liberal?

Volk ohne Raum

Die Tragödie Danzig

Prix: Fr. 1,50

## Sie wollen den Krieg!

### Führertagung in Gleiwitz

Opposition ist verständlich — Der Führer muss mit dem Kriege rechnen

#### Eine Täuschung

Was hat das System vor?

Was verbergen sie? Warum musste Hitler schweigen? Warum hat er nicht am Fünfjahrestag seines Machtantritts die angekündigte Rede vor dem sogenannten Reichstag gehalten? Sind sie nicht einig darüber, wie es weitergehen soll?

Man vermutet, dass eine Kabinetts-umgestaltung bevorstehe, dass eine Grossmacht vor provokatorischen aussenpolitischen Erklärungen gewarnt habe, dass es ernste Differenzen mit der grossen Industrie gebe. Jedenfalls ringen im System zwei Fraktionen miteinander: eine Partei, die den Krieg heute will, und eine andere, die ihn auf morgen vertagen möchte.

Vor diese innere Krise des Systems hat die braune Propaganda ein Riesenbauprojekt gestellt, das die Blicke des deutschen Volkes ablenken soll. Es sollen zwei Berliner Zentralbahnhöfe geschaffen, und durch eine Prachtstrasse verbunden werden. Rissendurchbrüche, Gleisverlegungen, Ueberbauung eines Teiles des Tiergartens, Schaffung eines künstlichen Sees, Prachtbauten. Die gesamte deutsche Presse ist auf Befehl angefüllt mit diesem Projekt. Man denkt an die Strassendurchbrüche des bonapartistischen Systems in Paris, an die Schaffung der grossen Boulevards.

Sachlich müssen zu diesem Projekt einige Worte gesagt werden: es handelt sich um ein schon Jahrzehnte erwigenes Berliner Verkehrsproblem, nur dass es jetzt im Hitlerstil gelöst werden soll. Das heisst, dass die Fassade den Vorrang vor der Zweckmässigkeit erhält, dass die Bauwut des Cäsars sich über das wirtschaftlich vernünftige hinwegsetzt. Die Fassade ist dem System wichtiger als der Mensch.

Unter der Republik haben die deutschen Grossstädte unter sozialdemokratischer Verwaltung viel für das Wohl der Bevölkerung getan. Sie haben Grünflächen, Sportplätze, Badeanstalten geschaffen, sie haben vor allem ein grosszügiges Wohnungsbauprogramm durchgeführt. Die Reaktion geführt von Schacht, Hugenberg und Hitler hat sie deswegen der Verschwendung beschuldigt, die Reaktion hat ihren Kredit im Ausland zu schädigen gesucht, sie hat den Hass der reaktionären Schichten gegen sie aufgepeitscht — weil die sozialdemokratische Verwaltung das Wohl des Volkes vorangestellt hat.

In Berlin ist unter der Republik ein grosszügiger Ausbau des Untergrundbahnnetzes erfolgt — eine gewaltige Lebenserleichterung für die Arbeiterbevölkerung. Dieser Ausbau ist mit

Folgender Bericht geht uns zu:

Bei einer Kreis- und Amtsleitertagung in Gleiwitz wurde zu der allgemeinen Misstimmung Stellung genommen. Die Meinungen der Amtsleiter gingen dahin, dass man gegenüber den Menschen nachgiebiger sein müsse, denn die Opposition sei ja verständlich, wenn man die Fett- und Fleischfrage betrachte, die in jeder Hinsicht zu Beschwerden Anlass gebe. Kreisleiter Mutz-Beuthen hob dabei hervor, dass die Unzufriedenheit heute besonders von den eigenen Parteigenossen ausgehe, weil sie zu Hause von den Frauen interpelliert würden, warum der Fleisch-, Butter- und Fettmangel nicht behoben wird. Auf dieser Gleiwitzer Tagung der Kreis- und Amtsleiter hoben die Parteigenossen aus den Landgegenden hervor, dass die Stimmung der Bevölkerung heute bereits so schlimm sei, „wie in der Systemzeit.“ Die Parteigenossen in den Städten hätten es ja noch gut, aber auf dem Lande, da könne man nicht mehr viel sagen, denn die Leute werden bei jeder Gelegenheit ausfällig. Gegen diese Klagen der Amtsleiter aus den Landgegenden wandte sich mit aller Entschiedenheit ein Vertreter der Breslauer Gauleitung der NSDAP und stellte die Behauptung auf, dass

die Parteigenossen ihren Aufgaben nicht gewachsen

seien, wenn solche Klagen überhaupt zum Ausdruck kämen. Man müsse mit mehr Energie vorgehen und den Men-

schen begreiflich machen, dass Deutschland heute seine Weltgeltung erreicht habe, die Aufrüstung mache riesige Fortschritte und da komme es auf ein bisschen Not nicht an. Leider habe man in Breslau schon die Erfahrung gemacht, dass Partei und Arbeitsfront in Oberschlesien in den Landgegenden gar keine Veranstaltungen durchführe und auch keine Versammlungen mache und dadurch seien diese Meckerstimmungen entstanden. Ein Teilnehmer dieser Tagung erklärte, dass die Amtsleiter diese Angriffe nicht stillschweigend hingenommen haben, sondern

die Schuld der Leitung zuschoben, die wohl viel Drucksachen und Rundschreiben herausgebe, aber nichts tue, damit der einzelne wirklich merkt, dass es besser geworden ist.

Es wurde der Beschluss gefasst, mit einer starken Versammlungswelle in allen Ortschaften die Stimmung zu heben.

Bei der gleichen Führerausprache wurde auch der Kriegsfall diskutiert. Die Mehrzahl der Anwesenden war der Ueberzeugung, dass die Leute nur dann in den Krieg ziehen und sich alles reibungslos abspielen wird, wenn Deutschland als überfallen gelten kann. Für uns, die Nazis, wird sich kein Mensch schlagen, ja, selbst unsere Parteigenossen lehnen einen Krieg ab, den Deutschland vielleicht absichtlich herbeiführen würde. Interessant war es, dass auf dieser Tagung die Feststellung gemacht wurde,

dass der Krieg ein Wahnsinn sei, jetzt fehle schon alles, Arbeiter müssten aus Materialmangel Feierschichten hinnehmen, Nahrungsmittel, besonders aber Fett fehle, und da sei es leichtsinnig, von Krieg zu sprechen. Diese Tatsachen sind wiederholt besonders von den politischen Leitern aus den Betrieben hervorgehoben worden, so dass der Referent selbst schliesslich erklärte, man solle ihn nicht missverstehen. Deutschland wolle, wie der Führer immer betont, Frieden.

„Aber der Frieden könne doch nur erhalten werden, wenn man Deutschlands Forderungen, Anschluss von Danzig und Oesterreich, die Befreiung der Sudetendeutschen bewillige.“

Wir müssten uns in der Welt behaupten. Die Kolonien sowie die im Friedensvertrag von Versailles geraubten deutschen Gebiete seien schliesslich eine zweite Frage, aber auch deren Lösung müsse Deutschland betreiben und die Parteigenossen müssten doch zugeben, dass diese Lebensinteressen Deutschlands nicht freiwillig von den Gegnern bewilligt werden. Der Führer müsse eben mit einem Kriege rechnen, für den alle Vorbereitungen im Gange sind. Er verstehe die Parteigenossen, dass sie wenig von einem Kriege wissen wollen, aber ihre Aufgabe ist es ja, die Arbeiter in den Betrieben auf einen Eventualfall aufmerksam zu machen und nicht den Krieg um des Friedens willen zu bekämpfen.

dem Namen des sozialdemokratischen Verkehrsdezernenten Ernst Reuter verknüpft. Die Reaktion hat deswegen gegen ihn und die sozialdemokratische Verwaltung gewütet. Ernst Reuter, der spätere Oberbürgermeister von Magdeburg ist vom braunen System verhaftet und in langer Haft gequält worden.

Die Nationalsozialisten haben die sozialdemokratische Verwaltung für ihr volksfreundliches Wirken als „Schandsystem“ beschimpft. Im Bunde mit der Reaktion haben sie die sozialdemokratische Verwaltung mit Hetze, Verleumdung und Fälschung bekämpft. Sie haben sich jeder Ausgabe für sozialhygienische Zwecke widersetzt. Göbbels hat in seinem „Angriff“ die widerlichsten Beispiele dieses reaktionären Kampfes geliefert.

Aber wie verträgt sich das neue Reklameprojekt mit dem Göring'schen Vierjahresplan? Wir veröffentlichen heute einen aufschlussreichen Aufsatz über die Herunterwirtschaftung der Reichsbahn durch das System. Er lässt erkennen, dass es sich bei diesem Bauprojekt um ein völlig unorganisches Projekt handelt, das mit dem heutigen Zustand der deutschen Volkswirtschaft und mit der totalen Kriegswirtschaft nicht zusammenstimmt. Wenn vorne und hinten die

Rohstoffe nicht zureichen, wie soll dies Projekt verwirklicht werden?

Die Verwirklichung steht dem System jedoch in zweiter Linie. In erster Linie steht der Täuschungs- und Ablenkungszweck. Man glaube ja nicht, dass das System sich friedlicher Arbeit zuwenden wolle! Ihm ist der Krieg der übergeordnete Zweck. Es will dem Volke sagen: Wir waren zu friedlicher Arbeit entschlossen, aber die Feinde zwingen uns zur Rüstung. Es will seine Angreiferrolle verbergen. Nichts wäre ihm erwünschter, als wenn sich nun die öffentliche Meinung ausserhalb Deutschlands auf diese Zweckutopie stürzen würde.

Wir sagen aus genauester Kenntnis des Systems: Achtung, Gefahr! Wenn das System zu einem solchen Täuschungsmanöver greift, hat es ganz andere Dinge vor.

#### Schnelles Ende

Göbbels hat kein Interesse

Das Reichspropagandaministerium hat kein Interesse mehr an dem französischen Hitlerfreund de Brinon. Am 26. Januar noch teilte die Kölnische Zeitung mit, dass de Brinon vor der „Deutsch-französischen Gesellschaft im Rheinland e. V.“ sprechen werde:

„Nun wird am 26. Januar der Comte de Brinon, der Aussenpolitiker der „Information“, im Hause Albrecht Vorster über „Deutschland und die öffentliche

Meinung in Frankreich“ sprechen. Der französische Publizist kommt von Berlin, wo er auf Einladung des Reichsjugendführers gesprochen hat. Er ist kein Unbekannter mehr. Er war der erste französische Journalist, der nach dem Umbruch im Jahre 1933 eine Unterredung mit dem Führer gehabt hat.“

Am gleichen Tage aber las man im Westdeutschen Beobachter, dass der Vortrag de Brinons ausfallen müsse, weil der Vortragende erkrankt sei. Die energische Abschüttelung de Brinons durch die französischen amtlichen Stellen hat dem Manöver ein rasches Ende bereitet.

#### Friedenspreis für Karl Kautsky

Die schwedischen Reichstagsabgeordneten Richard Lindström / Göteborg / und Harald Akerberg / Oerebro / haben sich an das Nobel-Komitee des norwegischen Stortings mit dem Vorschlag gewandt, den Nobel-Friedenspreis des Jahres 1938 Karl Kautsky zuzusprechen.

In der Begründung des Vorschlages wird auf die geniale Analyse des Wesens und der Ursachen des Krieges hingewiesen, die Kautsky in seinen Werken über „Krieg und Demokratie“ und „Sozialisten und Krieg“ gegeben hat. Mehr als ein anderer habe er in seinem langen, arbeitsreichen Leben für die Verbreitung der Erkenntnis getan, dass der Friede die elementarste Voraussetzung wahren Fortschrittes und Völkerglückes sei.

Wenn das Nobel-Komitee dem Vorschlag der schwedischen Abgeordneten Folge leisten würde, so dürften wir deutschen Sozialdemokraten darin nicht nur eine verdiente Ehrung des greisen Forschers und Kämpfers, sondern auch eine Anerkennung des Friedenskampfes der mit Karl Kautsky besonders tief verbundenen deutschen Sozialdemokratie sehen.



Der Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung“, Rudolf Kircher, hat in seinem Blatte einen Aufsatz über die Freiheit der Presse veröffentlicht. Dieser Kircher kann noch einen Göbbels lehren!

Seit seiner Reise in die Vereinigten Staaten leidet Kircher an einem moralischen Geschwür. Der Leiter einer grossen amerikanischen Zeitung hat ihm kühl pointiert gesagt: „Sie können das nicht nachempfinden, denn Sie haben ja keine Pressefreiheit in Deutschland.“ Dieser Satz ist eine Hinrichtung für den einst liberalen Chefredakteur einer Zeitung, die einst das Hauptorgan des deutschen Liberalismus war.

Nun ist dem Kircher ein Buch in die Hand gefallen, in dem die Zusammenhänge zwischen Geschäftsinteresse und Pressefreiheit in den Vereinigten Staaten freimütig behandelt werden. Er atmet auf und tröstet sich: „Wir sind zwar Schweine, aber ihr seid auch Schweine“ — und so sagt er den Amerikanern, es sei immer noch löblicher, der Sklave des Göbbels zu sein als der Sklave des allmächtigen Dollars. Ueber diesen Ehrenkodex lässt sich nicht streifen. Entweder man steht zu seiner Meinung oder man verkauft sie. Der Streit der Meinungsverkäufer um die grössere Honorarigkeit ihrer Prostitution ist für die anständigen Leute nicht interessant.

Aber hat Kircher nicht recht, dass es wahre Pressefreiheit auch in den Vereinigten Staaten nicht gibt? Es genügt ein Hinweis auf das, was er unterschlägt. Auch in den Vereinigten Staaten gibt es neben der Geschäftspresse eine *Gesinnungspresse*, und überall in den nichtfaschistischen kapitalistischen Ländern findet jede Gesinnung ein freies Organ. Es hat in Deutschland eine grosse Gesinnungspresse gegeben — aber gerade sie ist es gewesen, die dem Terror zum Opfer gefallen ist. Deswegen maskiert Kircher auch umsonst die Prostitution der deutschen Presse mit hohlen Worten vom „Gemeinschaftszweck einer ganzen Nation“. Jeder deutsche Journalist steht vor der Wahl, eine eigene Gesinnung zu haben, oder am nächsten Ersten nicht mehr seine Gehaltsquittung unterschreiben zu können — vom Konzentrationslager nicht zu reden. Die von Göbbels gelieferten Phrasen übertünchen diesen Talbestand nicht einmal notdürftig.

Die Freiheit der Gesinnung und die Freiheit der Gesinnungspresse gehören zu dem, was es im besseren Deutschland vor 1933 gegeben hat. Davon zu reden ist verboten. Kircher sagt den Amerikanern: „Wir deutschen Journalisten wissen auch ohne ausländische Belehrung, dass unsere Presse den Höhepunkt ihrer Entwicklungsmöglichkeit noch nicht erreicht hat.“ Entwicklungsmöglichkeit, wozu — wenn die Freiheit, die Ehre und die Gesinnungstreue hinter ihr liegen?

Wenn aber der Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung“ den amerikanischen Journalisten Mangel an Zivilkurage vorwirft, die Selbstkritik feiert und verkündet: „Wir sind gerne bereit, den Bilanzstrich zu ziehen“ — so sollte ihm ein Amerikaner kühl darauf antworten: „Wir sind bereit, ein Buch von Ihnen über die Entwicklung der deutschen Presse und speziell Ihres Organs von der Gesinnungspresse zu Göbbels zu verlegen — aber *fair play mit der Wahrheit!*“

Zivilkurage, gepredigt von einem Journalisten des Dritten Reiches? Ob er weiss, wie seine Verteidigung der deutschen Presseschande in freien Ländern wirkt? Aber er kann das nicht nachfühlen, denn er hat Pressefreiheit in Deutschland nur einst besessen und bemüht sich seither, sie zu vergessen.

Ihre Kultur. Der japanische Botschafter in Berlin versicherte bei einem Festessen: „Zwischen Japan und Deutschland besteht eine auffallende Ähnlichkeit in der kulturellen Veranlagung.“ Soweit er unter Deutschland das Dritte Reich versteht, hat er wahr gesprochen. Die Verwandtschaft der Bestialität des militärischen Nationalismus auf beiden Seiten ist unverkennbar.

Loreley — arisch. Auf Anregung des Gauleiters von Hessen-Nassau wird eine nationalsozialistische Feierstätte auf dem Loreleyfelsen errichtet, die in wenigen Monaten vollendet sein wird.

Am 30. Januar 1933 leistete Hitler in die Hand des Reichspräsidenten von Hindenburg seinen Eid auf die Verfassung des deutschen Reichs vom 11. August 1919. Es ist nicht uninteressant, jetzt nach fünf Jahren daran zu erinnern, was alles Hitler damals beschworen hat. Eine kleine Blütenlese daraus sei wiedergegeben:

„Das Deutsche Reich ist eine Republik; die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ (Art. 1)

„Die Reichsfarben sind schwarzrotgold.“ (Art. 3)

„Jedes Land muss eine freistaatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muss in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden... Die Grundsätze für die Wahlen der Volksvertretung gelten auch für die Gemeindewahlen.“ (Art. 17)

„Der Reichstag besteht aus Abgeordneten des deutschen Volkes. Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden... Kein Mitglied des Reichstages oder eines Landtages darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Äusserungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst ausserhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Kein Mitglied des Reichstages oder eines Landtages kann ohne Genehmigung des Hauses, dem der Abgeordnete angehört, während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet

werden, es sei denn, dass das Mitglied bei der Ausübung der Tat oder spätestens im Laufe des folgenden Tages festgenommen ist.“ (Art. 20, 21, 36, 37.)

„Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen... Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen für jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingestellt werden. Der Haushaltsplan wird vor Beginn des Rechnungsjahres durch ein Gesetz festgestellt.“ (Art. 68 und 85.)

„Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen... Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.“ (Art. 102 und 105.)

„Alle Deutsche sind vor dem Gesetze gleich. Die Freiheit der Person ist unverletzlich... die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich... Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde. Das Briefgeheimnis, sowie das Post-, Telegraf- und Fernsprecheheimnis sind unverletzlich. Ausnahmen können nur durch Reichsgesetz zugelassen werden. Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äussern. An diesem Recht darf ihn kein Arbeits-, oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht. Wahlfreiheit und Wahlheimnis sind gewährleistet. Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet.“ (Art.

109, 114, 115, 116, 117, 118, 125, 130.)

„Alle Bewohner des Reichs geniessen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit... Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet.“

„Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei... Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern massgebend... In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben. Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, dass die Empfindungen anderer nicht verletzt werden.“ (Art. 135, 137, 142, 146, 148.)

„Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Massnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.“ (Art. 159 und 165.)

Pressefrieden

Die Tschechoslowakei für Versailles verantwortlich

Der „Völkische Beobachter“ bespricht in breiter Ausführlichkeit eine neue Schrift von Professor Victor Bruns, die den Nachweis zu führen versucht, dass die Tschechoslowakei in Versailles Deutschland gegenüber vertragsbrüchig geworden ist. Die Tschechoslowakei habe nämlich den „Vorfriedensvertrag“ mitunterzeichnet, der zwischen Deutschland und der Entente vor Versailles geschlossen worden sei. Woraus sich dann folgendes ergibt:

Dadurch, dass die Tschechoslowakei Vertragspartner des Deutschen Reiches wurde, hat sie mit die Verpflichtung übernommen, dass der Friedensvertrag auf jene Grundlage errichtet wird, den der Vorfriedensvertrag für beide Parteien bindend vorzeichnet. Es ist unbestritten, dass zwischen den Grundlinien des Vorfriedensvertrages, die gegeben sind durch die Wilsonschen 14 Punkte, und dem späteren Friedensvertrag ein Gegensatz besteht, der unauflösbar ist. Mit einem Wort gesagt, die alliierten und assoziierten Mächte haben den Vorfriedensvertrag gebrochen und ein machtloses Deutsches Reich mit Mitteln der Gewalt genötigt, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, dessen Inhalt mit dem Vorfriedensvertrag unvereinbar ist. An diesem Vertragsbruch ist auf Grund der Mitunterzeichnung, wie Professor Bruns nachweist, die Tschechoslowakei mitbeteiligt, und das Deutsche Reich hat das Recht, von seinem tschechoslowakischen Vertragsgegner die Ausführung der im Vorfriedensvertrag gegebenen Versprechen zu verlangen.

Richtig ist, dass der Frieden von Versailles den 14 Punkten Wilsons nicht entsprach, und dass die Behandlung, die die junge deutsche Republik in Versailles erfuhr, Wesentliches zum späteren Siege Hitlers beigetragen hat. Unrichtig ist dagegen, dass ein „Vorfriedensvertrag“ bestand, und darum ist ebenso unrichtig, dass die Tschechoslowakei diesen „Vorfriedensvertrag“ mitunterzeichnet hat. Die Tschechoslowakei hat auch nicht zu den Mächten gehört, die den Inhalt des Friedensvertrages entscheidend mitbestimmen haben, wohl aber war Italien eine von ihnen. Läge wirklich ein „Vertragsbruch“ vor, so trüge die Grossmacht Italien an ihm die weit grössere Schuld als die damals erst in der Entstehung begriffene Tschechoslowakei.

Der Angriff des Professor Bruns und des ihm folgenden Zentralorgans der NSDAP auf die Tschechoslowakei ist so ziemlich das politisch Bösartigste, das man sich vorstellen kann. Er erinnert in seiner juristischen Gesuchtheit stark an die Behauptung von 1914, Deutschland habe in Belgien einmarschieren müssen,

weil Belgien die Neutralität gebrochen habe. Es ist immer wieder die Geschichte von dem Lamm, das das Wasser trübte, wofür es der Wolf von rechtswegen zerriss.

Nur, dass diese alte Geschichte sich jetzt im Zeichen des „Pressefriedens“ zu wiederholen beginnt, gibt ihr den Reiz der Neuheit.

Hitler bürgert aus

Am 14. Juli 1933 hat Hitler ein „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ erlassen. Richtet sich der erste Teil des Gesetzes gegen die Einbürgerung von fremden Staatsangehörigen, insbesondere gegen die Juden, so richtet sich der zweite Teil gegen die eigenen Staatsangehörigen, soweit sie politische Gegner Hitlers sind und im Auslande leben.

In den Jahren 1933 bis 1937 sind auf Grund dieses zweiten Teils insgesamt 1287 Ausbürgerungen vorgenommen worden, und zwar 698 Einzelpersonen und 589 Familienangehörige. Die Ausbürgerung von Familienangehörigen begann erst im Jahre 1935. Die Entwicklung der Ausbürgerungen in den einzelnen Jahren ersieht man aus folgender Uebersicht:

Table with 3 columns: Year, Einzelpersonen, Familienangehörige. Rows for 1933, 1934, 1935, 1936, 1937.

Die Ausbürgerung politisch unbequemer Staatsangehöriger hat also erst im Jahre 1937 grösseren Umfang angenommen. Wurden in den ersten Jahren nur solche deutsche Staatsangehörige ausgebürgert, die aktiv gegen das Hitlersystem hervorgetreten waren, so wird seit 1937 diese Waffe gegen alle Reichsangehörigen angewendet, die sich ins Ausland begeben haben, weil sie mit dem herrschenden System nicht einverstanden sind.

Friedenspropaganda

„Auf Einladung der Ortsgruppe der NSDAP. Hafen sprach Gauleiter Parteiorganisator Dr. Toni Winkelkemper, Intendant des Reichssenders Köln, vor dem überfüllten Börsensaal über das Thema „Was geht in der Welt vor?“

Der Redner zeichnete mit klaren Strichen ein Bild unseres Wirtschaftskampfes und der hinterhältigen Absichten der anderen. Er wusste durch humoristische, kleine Gleichnisse seinen Ausführungen beweisende Beweiskraft zu geben.“

(Westfälische Landeszeitung Nr. 20)

Und Bohle sprach Braune Lügen und Drohungen

Der Staatssekretär Bohle im deutschen Auswärtigen Amt ist der Chef der grossen Zersetzungs- und Spionageorganisation, die sich „Auslandsorganisation der NSDAP.“ nennt. Er hat vor kurzem Budapest einen Besuch abgestattet, bei dem er eine Rede über die angebliche Harmlosigkeit seiner Organisation gehalten hat. Es sei ein fundamentales Prinzip dieser Organisation, sich unter keinen Umständen in die innerpolitischen Verhältnisse fremder Staaten einzumischen.

Wie dies „fundamentale Prinzip“ gehandhabt wird, dafür gibt es Beweise: die Ermordung von Dollfuß in Wien, die Ausweisung der Bohle unterstehenden, als Journalisten verkappten deutschen Agenten aus England, die Aufdeckung der Treibereien in den Vereinigten Staaten, in Brasilien und jetzt eben wieder in Oesterreich.

Soviel über die erste Lüge Bohles in dieser Rede. Die zweite Lüge bestand in der Behauptung, dass das Reich nicht in den deutschen Minderheiten in anderen Ländern agitiere. Demgegenüber könnte der polnische Bundesgenosse Hitlers Bände von aktenkundigem Widerlegungsmaterial vorlegen. Vor allem: wer kennt nicht die subversive deutsche Agitation unter den Sudetendeutschen gegen den Bestand der tschechoslowakischen Republik? Wer weiss nicht, dass Henlein ein Befehlsempfänger Hitlers ist?

Die tschechoslowakische Republik hat bisher keine Auslandsorganisation der NSDAP. bei sich geduldet. Wer ihr angehören würde, macht sich auf ihrem Staatsgebiet strafbar. Aber, so drohte Bohle in Budapest:

„Wir sind nicht gewillt, einen Reichsdeutschen verfolgen zu lassen, nur weil er Nationalsozialist ist. Wer aus solchen Gründen Reichsdeutsche im Ausland verfolgt, greift das deutsche Reich an.“

Die Genehmigung einer solchen Organisation gehört zu den Forderungen, die das Dritte Reich an die tschechoslowakische Republik gestellt hat, um sie von innen her zu zersetzen. Ueber den Beginn des Budapest Besuchs berichtete der „Völkische Beobachter“:

„Staatssekretär Bohle schritt dann die Front der Gliederungen der Partei und der Hitlerjugend ab.“

Man stelle sich vor, dass Bohle in Nazi-Uniform vor dem Wilson-Bahnhof in Prag die Front der reichsdeutschen paramilitärischen Organisationen von Prag abschreite . . .



# Verrat an Europa

## Die Expansion des Antisemitismus

Die Beschlagnahme von Streichers „Stürmer“ ist prompt wieder aufgehoben worden. Streicher hat sich bei Hitler beschwert und der hat die Freigabe seines Lieblingsblattes angeordnet. Die Folge ist, dass nun eine Riesenreklame für die freigegebene Nummer, eine der schmutzigsten und pornographischsten des „Stürmer“, eingesetzt hat.

In all den hitlerfreundlichen Kreisen Europas, die ein Verbergen der widerlichen Fratze des Systems hinter geheuchelter Kulturfünche wünschen, ist die Beschlagnahme als ein Schritt zur „Normalisierung“ des Systems ausgesprochen worden. Wie gut hätte sich dahinter die europäische Schande der Ausbreitung des Antisemitismus von Hitlerdeutschland aus verbergen lassen! Aber wer kann glauben, dass in eben dem Augenblick, in dem die Pogromstimmung in Rumänien Triumphe feiert und in Italien der Antisemitismus unter Farinaccis Führung immer mehr um sich greift, ausgerechnet Hitler den Antisemitismus abbauen werde?

Diese europäische Schande lässt sich ebensowenig verbergen wie die Tatsache, dass Hitlerdeutschland der Herd der moralischen Seuche ist. Es gehört zum europäischen Kulturverfall, dass der Völkerbund gegenüber dem rumänischen Antisemitismus, der die Minderheitenverträge bricht, sich weniger auf seine kulturelle und vertragliche Verpflichtung besonnen hat, als selbst Bismarck gegenüber den rumänischen Pogromen.

Hitler nachgeben, heisst die europäische Kultur verraten, auf welchem Gebiete es auch sei!

## Zureden hilft nicht

### Der Bericht Van Zeelands

Der ehemalige belgische Ministerpräsident Van Zeeland hat im Auftrag Englands und Frankreichs eine Untersuchung über die Möglichkeit einer Verminderung der Hindernisse für eine Entwicklung der Weltwirtschaft durchgeführt. Er hat den Regierungen beider Mächte seinen Bericht zugestellt.

Der Bericht ist nicht überraschend, er enthält weder neue Erkenntnisse noch neue Ideen. Was wirtschaftlich zu geschehen hätte, ist in grossen Zügen längst klar, es bedarf dazu keiner neuen Erleuchtung. Es handelt sich nicht um ein ökonomisches, sondern um ein politisches Problem. Es handelt sich darum, dass die deutsche Politik aus der Autarkie nicht heraus kann, weil die Politik der Kriegsvorbereitung unlösbar mit der Autarkie verknüpft ist. Der Wille zum Kriege vergewaltigt im Dritten Reiche die ökonomische Vernunft. Wer die Weltwirtschaft wieder herstellen will, muss sich der deutschen Machtpolitik entgegenwerfen. Am Ende dieser Van Zeelandschen Untersuchung steht also wieder die Frage: wird das braune System um der Wiederherstellung der Weltwirtschaft willen auf sein innerstes Wesen verzichten?

Die Frage stellen, heisst sie verneinen. Van Zeeland hat bisher eine starke Neigung zu einer Politik gezeigt, die den Angreifermächten, Deutschland und Italien, Kredite und wirtschaftliche Konzessionen geben wollte, um ihnen den Kriegswillen abzukaufen. Es ist bezeichnend für die Versteifung der europäischen Lage, dass Van Zeelands Bericht in London und Paris sehr reserviert aufgenommen worden ist. Die Hoffnungen, dass man die faschistische Bestie domestizieren könnte, verfliegen immer mehr. Das gewaltige Flottenrüstungsprogramm der Vereinigten Staaten lässt erkennen, wie wenig Hoffnungen man bei den demokratischen Westmächten auf die Friedensliebe der Despoten setzt.

## Jeder einmal Führer

### Aber nur einer mit Priorität

Es ist zwar angeordnet worden, dass sich in Deutschland nur der Führer „Führer“ nennen darf, um peinliche Verwechslung zu vermeiden. Es stellt sich aber heraus, dass diese Verfügung in der Praxis des III. Reiches nicht immer durchführbar ist. Erstens ist der Begriff so populär, dass er wie geschnittenes Brot bei jeder Gelegenheit serviert wird, und zweitens ist der Bedarf an absoluter und totaler Autorität allerorten so gross, dass man schwerlich ohne eine harte Führerfaust auskommen kann.

In der „Siegener Zeitung“ las man jüngst die Anzeige von dem unerwarteten Tode eines verdienten Ziegenzüchters von Weldenau. Sieben Jahre habe er sich mit unvergleichlicher Treue und ganzer Kraft in den Dienst des Ziegenzüchtersvereins ge-

Aus Warschau wird uns geschrieben: Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird ein neuer Schritt auf dem Wege der Ausserkraftsetzung der Danziger Verfassung durch die Schaffung „vollzogener Tatsachen“ von den Danziger Nationalsozialisten vollendet werden. Nachdem durch den nationalsozialistischen Terror bereits 4 sozialdemokratische Abgeordnete des Danziger Volkstages gezwungen worden sind, in die Emigration zu gehen, haben jetzt die Nationalsozialisten von den 9 in Danzig verbliebenen sozialdemokratischen Abgeordneten ultimativ die Auflösung ihrer Fraktion und ihren Anschluss als Hospitanten bei der nationalsozialistischen Fraktion gefordert. Die Mehrzahl der Abgeordneten hat dem auf sie ausgeübten Druck bereits nachgegeben und ihren Uebertritt als Hospitanten zugesichert. Nachdem die vor etwa 2 Monaten erlassene verfassungswidrige Verordnung des Senats der Freien Stadt Danzig jede Neubildung von politischen Parteien mit Zuchthausstrafe bedroht, hatten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten wiederholt bemüht, ihre Mandate niederzulegen. Sie wurden daran jedoch von den Nationalsozialisten behindert. Sämtliche Abgeordnete standen seitdem unter ständiger polizeilicher Kontrolle. Sie sind nunmehr den Drohungen der Nationalsozialisten unterlegen.

Wie wir weiter hören, soll die gleiche Methode auch gegen die katholische Zentrumsfraktion des Volkstages, die ebenfalls noch 9 Abgeordnete zählt, Anwendung finden. Die Nationalsozialisten beabsichtigen ferner, auch die sozialdemokratische und Zentrums-Fraktion der Stadtbürgerschaft, einer Municipalvertretung der Stadtgemeinde Danzig, in derselben Weise „gleichzuschalten“.

Die Bemühungen des nationalsozialistischen Partei- und Polizeiapparats, die oppositionellen Vertreter in den Danziger Parlamenten mit Gewalt in die Reihen der Nationalsozialisten zu pressen, dauern bekanntlich schon ein Jahr lang an. Ihnen fiel auch der sozialdemokratische Abgeordnete Hans Wiechmann zum Opfer, der sich geweigert hatte, über ein solches Ansinnen der Nationalsozialisten in Verhandlungen einzutreten, deshalb am 25. Mai 1937 von der Polizei verhaftet wurde und seitdem verschwunden ist. Glaubwürdige Berichte sprechen dafür, dass Wiechmann von der Danziger politischen Polizei nach dem Reich verschleppt worden ist. Vermutlich ist er dort ermordet worden.

Die Nachricht von der Liquidation der Reste der sozialdemokratischen Fraktion des Parlaments der Freien Stadt Danzig und ihrem „Uebertritt“ zu den Nationalso-

stelli. Unterschrieben war die Anzeige:

„Der Führer des Ziegenzüchtersvereins.“ Das war aber nur eine der Prominenz unter der ziegenzüchtenden Schar ihrer Gefolgschaft. Der nächste Leidtragende verzeichnete:

„Der Führer der Rindvieh-Assekuranz.“ Diese Führer-Anmassung regt einen gewissen Skasa-Weiss so auf, dass er bitter-ernst in der braunen Presse schreibt:

„Im übrigen dürfte jedermann wissen, dass es in Deutschland nur einen Führer, und zwar den Führer des ganzen deutschen Volkes, gibt.“

Mit vollem Recht! Nur vor ihm wird das braune deutsche Nutzvieh den nötigen Respekt aufzubringen, um sich widerstandslos zur Schlachtbank führen lassen.

## Rechenkünste

„Volksgenosse ist derjenige Deutsche, der zur Volksgemeinschaft gerechnet werden darf, ohne der Partei anzugehören. Nicht jeder Volksgenosse ist also Parteigenosse; aber jeder Parteigenosse ist auch gleichzeitig Volksgenosse. Zahlenmässig ist das nicht ganz leicht zu berechnen. Aber wenn man die (nicht bekannte) Zahl der Parteimitglieder auf ungefähr sechs Millionen schätzt, so wäre, da zum Vergleich nicht die gesamte Einwohnerzahl Deutschlands, sondern nur ungefähr die Zahl der Wahlberechtigten herangezogen werden darf (die über 42 Millionen beträgt) das Verhältnis der Parteigenossen zu den Volksgenossen 6 : 36, also 1 : 6. Die Volksgenossen

# Das Schicksal von Danzig

## Der Terror triumphiert

zialisten kommt kaum noch überraschend. Sie stellt den Abschluss der Tragödie des legalen Kampfes dar, den die Danziger Sozialdemokratische Partei seit fünf Jahren gegen die nationalsozialistische „Gleichschaltung“ verzweifelt geführt hat, den Abschluss einer politischen und menschlichen Tragödie, die in ihren weltpolitischen Ausmassen zwar klein ist, in ihrer Tiefe aber der reichsdeutschen Sozialdemokratie nicht nachsteht. Sie begann nicht erst im März 1933. Schon seit November 1930 waren die Nationalsozialisten Teilhaber der Macht in der zu mehr als 96 Prozent von Deutschen bewohnten Freien Stadt Danzig, die seit dem Friedensvertrag von Versailles vom Reich abgetrennt wurde und Polen als Hafen dienen sollte. Hier, wo polnisches und deutsches Volkstum, polnische und reichsdeutsche Interessen zusammenstossen, schlug der Nationalismus stets hohe Wellen.

Seit dem Juni 1933 bildeten die Danziger Nationalsozialisten, die der Berliner Führung direkt unterstehen, allein den Senat, die Regierung der Freien Stadt. Die unter ihrem Einfluss bisher vereinzelt erfolgten Verletzungen der vom Völkerbund garantierten demokratischen Danziger Verfassung wurden von nun ab zum alleinigen Herrschaftssystem. Die Presse wurde unterdrückt, die Versammlungsfreiheit abgeschafft, die Freien Gewerkschaften gewaltmässig gleichgeschaltet, den nichtnationalsozialistischen Parteien das Leben unmöglich gemacht. Aber die Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nahmen auch unter den ungünstigsten Verhältnissen mutig den offenen Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur auf, besetzt allein durch den der Danziger Bevölkerung vom Völkerbund feierlich zugesicherten Rechtsanspruch auf ein verfassungsmässiges Regime. Bald fanden sie Unterstützung bei der katholischen Zentrumsfraktion, die anfänglich sich mit den Nationalsozialisten koaliert hatte, und bei den Resten der protestantischen bürgerlichen Gruppen, der Deutschnationalen Volkspartei. Allem Trotz zum Trotz und unter schwersten persönlichen Opfern der Repräsentanten aller drei Parteien — Polizei und Justiz sorgten stets für Massenverhaftungen — gelang es tatsächlich, eine breite Front der Antinationalsozialisten herzustellen, deren moralischer Sieg bei den Danziger Volkstagswahlen vom 7. April 1935, bei denen es den Nationalsozialisten bei Anwendung aller erdenklichen Verletzungen der Wahlfreiheit und des Wahlheimnisses kaum gelang, wieder eine Mehrheit zu erobern, in der ganzen Welt Bewunderung hervorrief.

Aber die Früchte dieses moralischen Sieges, der kurze Zeit nach der Saar-Abstimmung erfolgte, sind den Danzigern nicht beschieden gewesen. Beraubt aller Macht- und fast aller Kampfmittel konnte es ihnen allein nicht gelingen, die nationalsozialistische Herrschaft aus dem Sattel zu heben. Der Garant der Danziger Verfassung, der Völkerbund, hatte aber von Anfang an versagt. Zwar hat der Völkerbund zu wiederholten Malen die von den Danziger Antifaschisten bei ihm erhobenen Beschwerden gegen die Verfassungsbrüche des nationalsozialistischen Senats für

gerechtfertigt erklärt. Nie aber hat er auch nur versucht, seinem Willen, die Verfassung in Danzig wiederherzustellen, durch die Tat Nachdruck zu verleihen. Auch die polnische Regierung, die an sich an der Erhaltung verfassungsmässiger Zustände in Danzig wohl interessiert sein mochte, verzichtete darauf, den Danziger Nationalsozialisten Einhalt zu gebieten, um ihr „gutes Einvernehmen“ mit dem Deutschen Reich nicht zu gefährden.

Als der Völkerbund auch einer von den Danziger nationalsozialistischen Parteien erhobenen Forderung auf Ungültigkeitserklärung der Terrorwahlen vom 7. April und Ausschreibung von Neuwahlen aus dem Wege ging — der Ausgang des abessinischen Krieges hatte sein Ansehen schon weitgehend eingeschränkt — fühlte der naivsten Mittel, um in der Freien Stadt Danzig ein lückenlos totalitäres Regime durchzusetzen. Im Verlauf des Jahres 1936 wurde der Hauptgegner, die Sozialdemokratische Partei, polizeilich aufgelöst, die Deutschnationale Volkspartei zur „freiwilligen“ Selbstauflösung gezwungen und im Jahre 1937 auch die katholische Zentrumsfraktion verboten.

Noch immer aber schreckten die Nationalsozialisten vor Neuwahlen zurück. Sie griffen deshalb zu einem anderen Mittel, um die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit im Parlament herzustellen. *Korruptionen, Mandatsaberkennungen, Verhaftungen*, *Mandatsaberkennungen, Korruptionen* und — wie der Fall Wiechmann zeigt — auch *der Mord* diente dazu, die Reihen der oppositionellen Abgeordneten zu lichten, bis das Ziel erreicht war. Den Abschluss bildete die Verordnung, die die Neubildung von politischen Parteien in Danzig verbot.

Heute herrscht in Danzig die gleiche Situation wie im Dritten Reich. Der letzte Widerstand der Antifaschisten ist erstickt, und der Kampf gegen den Nationalsozialismus führt nur noch ein heimliches, illegales Dasein. Die letzte Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Brüssel hat bereits alles gesagt, was heute noch zu der Danziger Frage politisch aktuell ist. Sie nahm eine Resolution an, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Exekutive protestiert gegen die systematische Verletzung der Danziger demokratischen Verfassung durch die Danziger Nationalsozialisten, die selbstverständlich auf Befehl Berlins handeln. Im gegenwärtigen Augenblick ist Danzig fast vollständig der Hitler-Herrschaft unterworfen worden. Die Parteien sind aufgelöst. Die Rechte des Völkerbundes sind preisgegeben.“

Hitler mag die Kampfkraft des einen oder des anderen proletarischen Kämpfers brechen oder ihn zur Kapitulation zwingen — niemals wird er den tapferen Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter Danzigs bezwingen. Ihnen sendet die Exekutive ihre brüderlichen Grüsse.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter in Danzig werden sicherlich vor keinem Opfer zurückschrecken, das auf dem heute noch dornenvolleren Wege ihres Kampfes gebracht werden muss. Sie haben bewiesen, dass sie kämpfen können.

## Das internationale Verbrechen

### Die Bomben der französischen Putschisten

In einem Pariser Vorort sind 5 500 Handgranaten explodiert, die bei französischen Rechtsputschisten und Verschwörern beschlagnahmt worden waren. Die Explosion hat elf Todesopfer gefordert.

Bis zu dieser Explosion hat die französische reaktionäre Presse systematisch die verbrecherischen Vorbereitungen der Rechtsputschisten zu decken und zu verkleinern gesucht. Sie hat von „unschädlichen Konservendosen“ gesprochen, von „sogenannten Explosivstoffen, die niemals explodierten“.

Wir kennen diese Methode. Als seinerzeit das Blausäureattentat auf Scheidemann erfolgt war, das diesem fast das Leben gekostet hat, deckte die deutsche Rechtspresse die feigen Mörder und suchte das Opfer lächerlich zu machen, indem sie von dem „Attentat mit der Klysterspritze“ sprach. Diese Methode der Konterrevolution ist international. Das Lügengift ihrer Presse ist ebenso gefährlich wie die Bomben und das Gift ihrer Verbrecherhänden.

Die französische Regierung ist entschlossen, das rechtsputschistische Verbrechen auszurotten. Das Schicksal der deutschen Republik ist eine ernste Mahnung, dass gegenüber den Anfängen dieses Verbrechens mit eiserner Strenge vorgegangen werden muss.

sind demnach in der Mehrheit? Jawohl, und wen das wundert, der denkt noch in den Kategorien der verlassenen Demokratie.“ („Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 35-36.)

## Vierjahreswurst

Die deutschen Zeitungen melden triumphierend:

„Einem Braunschweiger Fleischfabrikanten ist die Herstellung einer neuen Fischwurst geglückt. Es handelt sich um eine Rotwurst, die aus 50 Prozent Fischfleischwürfeln, 10 Prozent Speckwürfeln und 40 Prozent Blut von Rindern oder Schweinen besteht. Die Fabrikation dieser Wurst stellt keinen Versuch dar, die Fleischwurst durch Fischzusatz zu strecken, sondern sie schafft ein neues vielwertiges Volksnahrungsmittel.“

Auch im Kriege gab es bekanntlich keinen Zu- oder gar Ersatz, sondern lauter vielwertige Volksnahrungsmittel, an denen nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Bevölkerung zugrunde ging.

Ein Zwing-Uri. Ein neuer Riesenbau des Reichspropagandaministeriums an der Mauerstrasse ist im Rohbau fertig, neue Anbauten sind im Entstehen. Unter den Fundamenten dieses geistigen Zwing-Uri liegt die Freiheit des Worts und der Schrift in Deutschland verschüttet.



# Berichte aus Deutschland

## Totenehrung

Einäscherung  
von Franz Klühs

Aus Berlin wird uns geschrieben: Genosse Franz Klühs ist seinem schweren Leiden erlegen. Ein lauterer Charakter, ein für diese Zeit zu edel denkender Mensch ist von uns gegangen. An den Segnungen der aus dem „gesunden Volksempfinden“ rechtsprechenden und urteilenden Deutschen „Justiz“ ist auch er zerbrochen.

Seine Einäscherung zeigte so recht, wieviel Liebe und Kameradschaft dem aufrechten Manne bis über das Grab hinaus bewahrt werden. Sie zeigte aber auch allen, selbst den anwesenden und wohl erkannten Gestapospitzeln, wie ungebroschen der Mut und wie gross die Diszipliniertheit seiner Freunde ist. Das Krematorium Wilmersdorf konnte die erschienenen Trauergäste, schätzungsweise 600—800 Personen, nicht aufnehmen. Kein überflüssiges Wort wurde gesprochen, aber alle Gesichter spiegelten nur zu getrenn wieder, was im Innern jedes einzelnen vorging. Und diese Sprache war so beredt, dass selbst die Herren von der Gestapo es vorzogen, sich zeitweise an den Friedhofseingang zurückzuziehen. Die Trauerrede hielt der Schwager des Verstorbenen. Es waren kurze aber ergreifende Worte, mit denen alles gesagt wurde, was unter den gegebenen Umständen zu sagen möglich war. Sie klangen aus in dem Gelöbnis, getreu seinem Beispiel weiter zu wirken und dem Toten so unseren Dank abzustatten.

An dieser Stelle können wir noch hinzufügen, dass auch der Tod von Franz Klühs von keinem seiner Freunde vergessen werden wird und die dafür Verantwortlichen einst werden Rechenschaft abzulegen haben.

## Warnung

Man schreibt uns aus Deutschland:

Alle in der Emigration lebenden Deutschen und alle Freunde im Ausland werden gebeten, darauf zu achten, dass die für kurze Zeit im Ausland weilenden Deutschen bei der Auswahl ihrer Unterkunftsstätten die grösste Vorsicht walten lassen. Gewerkschaftshäuser, Parteilokale und Hotel- oder Restaurationsbetriebe von emigrierten oder sonst bei der Gestapo anrühmigen Deutschen oder Ausländern sind unter allen Umständen zu meiden. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo die Gestapo noch nach Jahren Rechenschaft über Zweck, Finanzierung und nähere Umstände solcher Reisen fordert. Selbst wenn die Vernehmungen keine ernsthaften Folgen haben sollten, genügen sie oft, um den Betroffenen Schwierigkeiten auf der Arbeitsstelle zu schaffen. Man verweigert ihm Ausreisegenehmigungen, oder er ist bei etwaigen weiteren Auslandsreisen unangenehm „Beschattungen“ und sonstigen Schikanen ausgesetzt. Die Inhaber solcher „gefährdeten Betriebe“ sollen auch den nachträglichen Schriftwechsel mit früheren deutschen Gästen auf das unbedingt notwendige Mindestmass beschränken oder ihn besser ganz einstellen.

## Hitlers Gefängniswärter in Dachau

Die „Deutschland-Berichte“ der Sozialdemokratischen Partei melden aus Bayern: „In einer Abteilung eines grossen Metallwerkes unterhielten sich eines Tages einige Arbeiter über Hitler. Einer erklärte, dass Hitler auch schon viel mitgemacht habe. Er wäre doch auch im Gefängnis gewesen. Ein anderer Arbeiter, der das Gespräch mit anhörte, mischte sich ein und sagte, er wisse genau wie Hitler in Landsberg behandelt wurde. Er sei zu dieser Zeit in Landsberg Aufseher gewesen und wäre damals froh gewesen, wenn er das Essen bekommen hätte, das man Hitler in die Zelle brachte. Wir würden heute alle froh sein, wenn es jedem so gut ginge wie damals Hitler. Ein Amtswalter, der zuhörte, zeigte den Arbeiter an, der wegen dieser Aeusserung für sechs Monate nach Dachau kam.“

## Die Arisierungskommissare

Nur noch jüdische Greise und Gräber

Berichte aus allen Teilen Deutschlands bestätigen den neuen Auftrieb der Judenbedrückung. Vor einigen Jahren hat Göbbels das Wort geprägt, dass es in absehbarer Zeit in Deutschland nur noch jüdische Greise und jüdische Gräber geben würde. Alles, was von Juden noch im Dritten Reich lebt, soll auswandern, bis zum Letzten ausgelugt und ausgepresst, damit das Dritte Reich möglichst viel am Judenland verdient. Einsperrungen, Verfolgung wegen angeblicher Devisenvergehen ohne Anklage, wo man mit loyalen Mitteln in jüdischen Händen befindliche Betriebe nicht arisieren kann, sind überall an der Tagesordnung. Dazu eine gesteigerte Pass-Schikane, die die Juden so lange in der braunen Falle festhalten soll, bis sie nahezu ohne Existenzmittel „legal“ als Auswanderer Deutschland verlassen. Aber mit diebischer Freude verzeichnet die braune Presse zugleich jede neue Einwanderungserschwerung in den andern Ländern.

In Schlesien, besonders in Breslau, sind in den letzten Wochen zahlreiche Juden verhaftet worden. Allgemein ist man hier wieder zu den Methoden von 1933 unter Heines zurückgekehrt; es wird in den unterirdischen Räumen der Gestapo raffinierter als je zuvor geprügelt. Juden, die mit irgendeinem Verfahren bedroht sind, flüchten wie in den schlimmsten Zeiten des Regimes mit ein paar Mark über die nächste Grenze. Diese Angstpsychose überfällt jetzt auch diejenigen Juden, die sich bisher in der falschen Sicherheit wiegten, man habe ihnen in all den Jahren nichts getan und werde ihnen auch weiterhin nichts tun, weil sie niemals etwas mit Politik zu tun gehabt hätten. Viele von ihnen besaßen bisher auf Grund ihres visierten Passes die Möglichkeit, sich zu einem kurzen Ferienaufenthalt ins Ausland zu begeben; von ihr haben diejenigen jüdischen Kreise, die noch über etwas Vermögen verfügten, häufigen Gebrauch gemacht.

Damit geht es jetzt zu Ende. In verschiedenen deutschen Landesteilen erging eine Aufforderung an die Juden, ihre Pässe so-

fort bei der zuständigen Polizeistelle abzugeben. Es handelt sich um eine Massregel, die in Kürze einheitlich für das ganze Reich durchgeführt werden soll. Nur diejenigen Juden dürfen sich noch im Besitz gültiger deutscher Reisepässe befinden, die durch Geschäftsreisen nachgewiesenermassen dem Dritten Reich Devisen einbringen. Gegen diejenigen Juden, die sich durch mehrfache Auslandsreisen „verdächtig“ gemacht haben, werden finanzielle Sicherheitsmassnahmen durchgeführt, die dem Betroffenen jede wirtschaftliche Verfügungsfreiheit nehmen.

Auch in Süddeutschland hat man jetzt überall in Verbindung mit den Gauleitern sogenannte Arisierungskommissare eingesetzt. Sie haben die Aufgabe, die Verkaufsverhandlungen jüdischer Geschäftsinhaber zu überwachen. Ihre Hauptaufgabe ist, die vertraglich festgelegten Bedingungen dahin nachzuprüfen, ob der neue arische Käufer dem Juden, gemessen an den Prinzipien des Herrn Kommissars, nicht zuviel bezahlt. Der neue Inhaber darf im allgemeinen nur Inventar und Warenlager kaufen, wobei das Inventar ganz niedrig eingesetzt wird und der Warenbestand nach einem bestimmten Wertschlüssel angerechnet werden muss. Sogenannte „ideelle“ Werte eines Betriebes oder eines Geschäfts dürfen grundsätzlich beim Verkauf nicht berücksichtigt werden — mit der Begründung, „dass ja der Jude all die Jahre hindurch von seiner Kundschaft gut gelebt habe.“ Ebenso muss der jüdische Verkäufer die Liquidation übernehmen, das heisst, er hat die auf dem Betriebe noch lastenden Schulden zu regeln und etwa vorhandene Ausstände selber einzukassieren. Der neue arische Inhaber bekommt also einen „gereinigten Betrieb“ zu einem Spottpreise in die Hand.

Die Arisierungskommissare, ausgesiebelte „scharfe“ Nazis und alte Kämpfer, haben sich in einigen deutschen Landesteilen, die Grossstädte mit bedeutender jüdischer Geschäftswelt umfassen, grosse Büros mit el-

nem beträchtlichen Angestelltenstab eingerichtet. Sie bekommen stattliche Gehälter. Unter ihrer Oberleitung arbeiten nationalsozialistische Juristen, die sich in allen Finessen von Verkaufsverträgen auskennen müssen. Eine auserlesene Schar von Spitzeln hat gleichzeitig die Aufgabe, die jüdischen Geschäftsleute während der langwierigen Verkaufsverhandlungen zu überwachen, damit sie keine „Manipulationen“ zum Schaden des künftigen arischen Besitzers durchführen. Dabei wird vielfach mit Angestellten zusammengearbeitet, sodass der jüdische Geschäftsinhaber innerhalb und ausserhalb des Betriebes unter dauernder Kontrolle steht. Bleibt zuletzt für ihn noch eine Verkaufssumme übrig, so versteht es sich von selbst, dass sie nicht in bar ausgehändigt wird. Man legt vielmehr ein Bankkonto an, um der genau informierten Devisenstelle die Möglichkeit zu geben, den Besitz des Juden zu überwachen. Jede Abhebung, die über eine für den täglichen Lebensbedarf unbedingt notwendige Summe hinausgeht, muss gemeldet werden. Der Betreffende muss dann den exakten Nachweis führen, wofür er das Geld verwandt hat, und wehe ihm, wenn er es nicht kann!

Soeben ist die deutsch-rumänische Freundschaft auf diktatorisch-antisemitischer Grundlage stabilisiert worden. Gewiss, das Dritte Reich darf in Rumänien — und besonders seitdem Goga Regierungschef ist — einen Vorläufer des praktizierenden Antisemitismus erblicken, von dem es viel zu lernen gibt. Rumäniens Geschichte kannte aber bisher überwiegend nur den offenen Pogrom. Wie man den kalten Pogrom realisiert, die wirtschaftliche Abdrosselung und Vertreibung der Juden, ohne dass sich die demokratische Weltöffentlichkeit mangels Himmelschreierender Fälle physischer Grausamkeit darüber aufregt; dafür ist für Rumänien und für alle, die ihm auf der Spur der Judenbedrückung noch folgen werden, Hitlerdeutschland der unbestrittene Lehrmeister und Pionier.

## Neue Zuchthausurteile

Eine besondere Rolle in der Verfolgung der sogenannten Staatsfeinde, worunter man in erster Linie ehemalige Sozialdemokraten und Reichsbannerleute versteht, spielt schon seit einiger Zeit das Sondergericht beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg. Diese Herren Richter, von denen eine ganze Anzahl zur Zeit der Weimarer Republik stramme Republikaner oder sogenannte gut bürgerliche Volksparteiler waren, bemühen sich mit allen Kräften, dem Nazistystem zu beweisen, dass sie sich nicht nur gleichgeschaltet haben, sondern dass sie sich „ehrlich“ bemühen, dem „Dritten Reich“ treu zu dienen. Die

Urteile, die von diesen Gerichten wegen z. T. ganz geringfügiger Vergehen gefällt werden, sind der beste Beweis dafür. Aber die Richter und die Staatsanwälte können versichert sein, dass wir nicht nur die Urteile in guter Erinnerung behalten, sondern dass wir auch die Namen aller derer, die bei diesen Verfolgungen und Verurteilungen mitgewirkt haben, ganz besonders im Gedächtnis behalten werden.

Am 12. 1. und am 17. 1. 38 fanden vor dem obengenannten Gericht zwei weitere Prozesse gegen eine Anzahl früherer Sozialdemokraten und Reichsbannerleute statt.

Die Urteile lauteten wie folgt:

Walter Tiedecks ..	5	Jahre Z. 5 Jahre Ehrverl.
Paul Bunge .....	5	Jahre Z. 5 Jahre Ehrverl.
Ludwig Griem .....	3	Jahre Z. 5 Jahre Ehrverl.
Rudolf Schradick ..	3	Jahre Z. 5 Jahre Ehrverl.
Ernst Kiehn .....	3	Jahre Z. 5 Jahre Ehrverl.
Karl Helm .....	3	Jahre Z. 5 Jahre Ehrverl.
Bruno Tiedecks ....	2,5	Jahre Z. 5 Jahre Ehrverl.
Heinr. Bokamp ....	3	Jahre Z. 3 Jahre Ehrverl.
Otto Groth .....	2,5	Jahre Z. 3 Jahre Ehrverl.
W. Timmermann ..	2,5	Jahre Z. 3 Jahre Ehrverl.
Ernst Subest .....	1,5	Jahre Z. 3 Jahre Ehrverl.
Paul Groth .....	1,5	Gef.
Walter Hoffmann ..	1,5	Gef.
Hein. Kretschmer ..	1,5	Gef.
Fr. Stoll .....	1,5	Gef.
Adje Topp .....	1	Gef.

Alle Angeklagten sassen seit 8 bis 9 Monaten in Untersuchungshaft. Von dieser Zeit haben sie einen erheblichen Teil in dem nunmehr in der ganzen Welt berühmten Konzentrations-

lager Fuhlsbüttel zugebracht. Was die Einzelnen dort wegen ihrer politischen Ueberzeugung erlitten haben, können sich ausserhalb der deutschen Grenzen Lebende garnicht vorstellen.

## Pogrome

In der „Bieser Zeitung“ erschien nachstehende Notiz:

Oettingen, 5. November. (Schutzhaft). Die hier bestehende Erregung über den erst wieder vor einigen Tagen erfolgten Zuzug einer Judenfamilie aus dem fränkischen Judendorf Mönchsroth führte gestern abend zu einer grossen Demonstration. Eine Volksmenge von vielen hundert Personen forderte den Wegzug der Juden dorthin, wo sie hergekommen sind. Zahlreiche und erbitterte Zurufe wie: „Fort mit den Juden!“ und „Wir wollen keine Judenknechte!“ hallten durch die Strasse. Schliesslich erklärte der Kreisleiter in einer Ansprache, dass wir die Juden genau für so überflüssig halten, wie es in Franken der Fall ist und keinen Zuzug brauchen, dass wir aber Disziplin halten. Die zugezogenen Juden mussten von der Gendarmerie zu ihrer persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden.

Die Veranstaltung trägt alle Zeichen der berechtigten „spontanen Willenskundgebungen des Volkes“.

Ähnliche Nachrichten liegen aus Oberschlesien vor. Dort werden täglich Juden auf der Strasse von SA-Männern überfallen und verprügelt. Es handelt sich um eine systematische Aktion mit dem Ziel, die Juden zum Wegzug aus Oberschlesien zu zwingen.

## Cliquen in Dunkeln

Das Dortmunder Naziblatt berichtet: „Die erste öffentliche Kundgebung der Ortsgruppe Dortmund-West im neuen Jahr in der Körnerhalle nahm einen eindrucksvollen Verlauf.“

Parteigenosse Willy Wölting (Bochum) entlarvte in seinen Ausführungen die schmutzige Arbeit der Schädlinge am deutschen Volk. Das nationalsozialistische Reich sei nicht gewillt, seine Ideale und seinen durch den Opfertod vieler Helden errungenen Sieg durch die schmutzigen Geschäfte machthungriger Egoisten und im Dunkel handelnder Cliquen preiszugeben.“

Wer ist gemeint? Die Juden nicht. Vielleicht die Grossverdienercliquen aus der Schwerindustrie? Der Bochumer Pg. sollte vorsichtiger sein. Man hörte vor dem 30. Juni 1934 ähnlich kühne Reden. Nach diesem Tag waren nicht die Cliquen verschwunden, aber ihre Ankläger.



# Sind wir liberal?

## Staat und Sozialdemokratie

Die Nazi haben bekanntlich nach ihrer eigenen Behauptung die *Freiheit* hergestellt, die *Demokratie* veredelt und den *Sozialismus* verwirklicht. Sie wollen weder als freiheitsfeindlich, noch als antidemokratisch und als antisozialistisch gelten. Dagegen bekennen sie sich mit starker Stimmkraft als antimarxistisch, antibolschewistisch und *antiliberal*. Oder, wenn man genau bei ihrer Ausdrucksweise bleiben will, als „*antiliberalistisch*.“

Mit klaren Begriffen hat diese Terminologie freilich wenig zu tun. Klarheit ist unvereinbar mit dem Wesen einer Demagogie, die auf den politischen Analphabetismus spekuliert und sich niemals an den Verstand, sondern stets nur an den Instinkt wendet. Der Sozialdemokrat kann an seiner eigenen Partei Kritik üben und das Gute auch beim Gegner anerkennen; der Nazi kann weder das eine noch das andere, er kann nur zwischen Hölle und Himmel, Schwarz und Weiss, Nacht und Tag unterscheiden. Darum unterscheidet auch seine Rhetorik zwischen Worten, die man wie Schokolade auf der Zunge zergehen lässt, und anderen, die man wie Teufelsdreck ausspuckt. Zu den letzteren gehört neben „marxistisch“ und „bolschewistisch“ auch das Wort „liberalistisch“.

Warum versuchen die Nazi nicht dieselben Deutungskünste, mit denen sie die Worte „Freiheit“, „Demokratie“ und „Sozialismus“ missbrauchen auch auf den Liberalismus anzuwenden? Offenbar deshalb, weil hier ein Gegensatz besteht, der auch durch die gewagtesten Verdrehungen nicht verwischt werden kann.

Man kann dem Wort Freiheit einen anderen Sinn geben, indem man statt an die Freiheit der Person an die „Freiheit der Nation“ denkt. Man kann einen Plebiszitschwindel, durch den sich ein Demagoge zum Diktator macht, als „Demokratie“ bezeichnen, man kann schliesslich auch für jedes wirtschaftliche Zwangssystem — siehe z. B. den deutschen „Kriegssozialismus“ von 1914—1918 — den Namen des „Sozialismus“ missbrauchen; aber es ist wirklich so gut wie unmöglich, das, was jetzt in Deutschland ist, als „liberal“ zu bezeichnen. *Nazismus ist chemisch reiner Antiliberalismus.*

Antiliberal ist die Vernichtung der Freiheit der Wissenschaft, der Kirche, der politischen Meinung. Antiliberal ist die absolutistisch-antiparlamentarische Regierungsform, antiliberal ist der Chauvinismus, der übersteigerte Militarismus. Antiliberal ist die Judenpolitik, antiliberal ist die Ersetzung jeglicher Toleranz durch die grundsätzliche, bewusste Unduldsamkeit. Antiliberal sind auch alle in die persönliche Freiheit der Bauern, der Städter, der Arbeiter wie der Unternehmer einschneidenden wirtschaftlichen Massnahmen des nazistischen Vierjahresplans.

All das sollte für uns ein Anlass sein, unser Verhältnis zum Liberalismus neu festzusetzen und abzugrenzen.

Wenn man heute sagt, dass der Liberalismus die Weltanschauung des Bürgertums im Kampfe gegen Feudalismus und Absolutismus darstellt, so

ist das richtig und falsch. Es ist richtig, wenn man unter Bürgertum die ganze ungeteilte Masse des Volkes unterhalb der regierenden Stände des 18. Jahrhunderts, des Adels und der Geistlichkeit, versteht, es ist falsch, wenn man an ein Bürgertum denkt, von dem sich das Proletariat schon abgelöst hat. Die Zerstörung des absolutistischen Despotismus, des alten Feudalsystems, lag im Interesse des Proletariats ebensogut wie in dem der Bour-

geoisie. Die Erklärung der Menschenrechte von 1789 ist nicht Ankündigung einer neuen Klassenherrschaft, sondern Programm einer klassenlosen Gesellschaft, wie sie dem revolutionären Proletariat als Ziel vorschwebt. In den Theorien Rousseaus und Kants liegen die Wurzeln nicht nur des Liberalismus, sondern auch des modernen Sozialismus.

## Sein Machtantritt



Gegenüber der Willkürmacht des absolutistischen Staates verkündete der Liberalismus das Recht der Persönlichkeit. Er lehrte den Glauben an die Menschen, die, von drückender staatlicher Vormundschaft befreit, im freien Wettbewerb der Kräfte die ganze Menschheit zu nie geahnten Höhen geistiger und sittlicher Vollkommenheit wie auch materiellen Wohlstandes emporheben würden. Dieser beseligende, anfeuernde Glauben an Freiheit und Fortschritt erfüllte nicht nur die französische Revolution, son-

dern auch die liberale Reformbewegung in England, die Achtundvierzigerbewegung in Deutschland. Er bleibt in der deutschen Sozialdemokratie lebendig. Es war immer ihr Stolz, *liberaler* zu sein als die liberalen Parteien. Auch mit ihrer Stellung zur Sozialabart des Liberalismus, nicht aber zum liberalen Gedanken in seiner Ur- und Wirtschaftspolitik geriet sie in Gegensatz nur zu der bourgeois Form. Wenn die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit die Grundforderung des Liberalismus ist, dann war der Liberalismus jener Schichten, die z. B. den Zwölfstundentag für Kinder mit Gründen der „Freiheit“ verteidigten, ein sehr schlechter Liberalismus. Die kapitalistische Entwicklung hat es notwendig gemacht, die menschliche Persönlichkeit nicht nur vor den Uebergriffen des Staates, sondern auch vor der Willkür einer industriellen Herrschaft und vor den vernichtenden Wirkungen einer anarchischen Produktionsweise zu schützen. Es gibt heute kaum noch einen Liberalen, der das nicht anerkennt.

Wenn dennoch in weiten Kreisen — nicht nur solchen, die sich liberal nennen — die alte liberale *Staatsfeindschaft* wieder aufgewacht ist, so ist das eine Folge des deutschen Nazismus, des italienischen Faschismus und des russischen Bolschewismus. Der

Missbrauch, der mit der Staatsmacht getrieben wird, hat zu einer förmlichen Staatsangst geführt und zum Wiederaufleben jener Vorstellungen, die Lassalle einst als die „Nachwächteridee vom Staate“ bezeichnet hat. (Als ob sich der Staat auf kriminal- und verkehrspolitische Funktionen zu beschränken und im übrigen alles laufen zu lassen hätte, wie es läuft.)

Das ist eine verständliche, gefühlsmässige Reaktion, die aber schwerlich zu praktischen Auswirkungen führen wird. Ein Blick auf so liberale Staaten wie Frankreich und die Vereinigten Staaten zeigt, dass auch dort der Einfluss des Staates auf sozialem und ökonomischen Gebiet im raschen Wachsen ist. Hier walten Notwendigkeiten, gegen die theoretische Antipathien nicht aufkommen.

Es ist nicht die Frage, ob der Staat stark sein soll oder nicht, er *ist* stark und wird noch stärker. Darum kommt alles darauf an, *von welchem Geiste er erfüllt ist*. Soll er, wie das nazistische Ideal will, als eine Dampfwalze zermalmend über die menschlichen Persönlichkeiten hinwegfahren oder soll er sich schützend und fördernd vor sie hinstellen? Noch einmal ist die Frage nach dem *Sinn des Staates* aufgeworfen, und wir als Sozialisten können sie nicht anders als in dem ursprünglich-liberalen Geiste beantworten. Wir verneinen nicht den Staat und wollen seinen Wirkungskreis nicht verengen, aber wir wollen ihn als einen Staat, der die Menschenrechte verwirklicht und die Freiheit der Persönlichkeit schützt. Sein Gesetz soll uns Freiheit geben. F. St.

## Volk ohne Raum? Sie haben nicht genug Volk

Die deutsche Wehrwirtschaft läuft auf vollen Touren. Die Aufrüstung und neuerdings die gigantische Autarkiewirtschaft beanspruchen nicht nur alle vorhandenen materiellen Produktivkräfte und erfordern beständige Betriebserweiterungen und neue Fabrikanlagen, sondern sie absorbieren auch alle zur Verfügung stehende menschliche Arbeitskraft. Die Zahl der Beschäftigten betrug im Oktober 1937 19.13 Millionen gegenüber 17.79 im Vorjahr, und wenn schon 1936 sich ein Mangel an Facharbeitern bemerkbar machte, so ist nunmehr ein *allgemeiner Mangel an voll leistungsfähigen Arbeitskräften* zu verzeichnen. Alle staatlichen Zwangsmittel werden eingesetzt, um den Arbeitseinsatz zu steigern. Die Ueberstunden nehmen immer grösseren Umfang an und in einer ganzen Reihe wichtiger Industriezweige, namentlich in der Maschinenindustrie und im Baugewerbe, herrscht praktisch der *Zehnstundentag*. Durch die Entziehung der Kurzarbeiterunterstützung, besonders auch in der Textil- und Lederindustrie, zwingt man die Arbeiter in die Rüstungsindustrien hinein. Auf die Inhaber der Alleinbetriebe, wird ein mer stärkerer Druck ausgeübt, um sie zur Arbeitsannahme in den Fabriken zu veranlassen. Das Wander- und Hansiergewerbe wird „durchgekämmt“, vielen der Gewerbeschein entzogen, um sie zur Fabrikarbeit zu zwingen. Die Gemeinde-, Länder- und andere öffentliche Verwaltungen werden angewiesen, die Personalbestände zu revidieren, um Arbeitskräfte frei zu bekommen. Die *Frauenarbeit*, die die Nationalsozialisten ausschalten wollten, wird wieder begünstigt. Die Bedingung, die an die Gewährung der Ehestanddarlehen geknüpft war, dass die Frau ihren Beruf aufgibt und sich nur der Hausarbeit widmet, ist seit dem 1. Oktober vorigen Jahres beseitigt. Der Anteil der Frauenarbeit in der Industrie ist wieder im Zunehmen. Das Gewerbeaufsichtsamt in Berlin konstatierte im November eine *Ausdehnung der Kinderarbeit* infolge Mangel an Arbeitskräften,



wobei verschiedentlich Uebertretungen des Gesetzes über den Kinderschutz festzustellen waren.

Deutschland, das „Volk ohne Raum“, hat nicht mehr genug Menschen für die Anforderungen der Wehrgewalt. Es erweist sich plötzlich als unterbevölkert; weit entfernt davon, Menschen abgeben zu können, muss es Menschen aus dem Auslande heranziehen. Sein Raum reicht nicht nur für die deutschen Menschen reichlich aus, er ist für Hunderttausende von Ausländern aufnahmefähig. *Raum ohne genug Volk!*

Das ist die Wirkung des fieberhaften Rüstungstempos. Aber es ist an sich keine neue Tatsache. Die rasche Entwicklung der deutschen Industrie erforderte in der Zeit nach 1880 in steigendem Masse die Heranziehung ausländischer Arbeiter. Die Landwirtschaft brauchte tschechische, polnische und russische Wanderarbeiter, der Straßenbau wurde zu einem grossen Teil von Italienern besorgt und in der Schwerindustrie, namentlich im Kohlenbergbau, wurden inländische und ausländische Polen unentbehrlich. Ähnlich wie in Frankreich, mussten gerade diese ausländischen Arbeiter in Krisenzeiten die Hauptlast der Arbeitslosigkeit tragen.

Jetzt ist es wieder so weit. Obwohl den deutschen Landarbeitern die Freizügigkeit geraubt wurde, obwohl ein Teil früherer Landarbeiter zwangsweise aus den Städten auf das Land zurückgeführt wurde, trotz Einsatzes des Arbeitsdienstes und zeitweise von Militär für die Erntearbeiten, lässt sich der Arbeitsbedarf der Landwirtschaft in Deutschland selbst nicht mehr decken. Der Präsident der Arbeitslosenversicherungsanstalt, Dr. Syrup, beziffert den Bedarf an ausländischen Landarbeitern, die herzugeben der deutsche Arbeitsmarkt nicht in der Lage sei, für dieses Erntejahr auf 200 000 Mann, nachdem bereits im Vorjahr 58 000 Ausländer eingesetzt worden waren. Nachdem bereits mit Mussolini die Lieferung von 30 000 Italienern abgemacht worden ist, sollen weitere Kontingente aus Ungarn, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Oesterreich und Holland kommen.

Für die neue deutsche Wirtschaft ergibt sich aber da ein schwieriges Problem. Der Lohn dieser Arbeiter muss nämlich in fremder Währung transferiert werden, da jeder dieser Landarbeiter einmal seine Familie in der Heimat erhalten und dann seine Ersparnisse mitnehmen will. Herr Syrup beziffert die devisenmässigen Kosten für jeden ausländischen Landarbeiter in den neun Monaten, für die er sich verpflichtet, auf 350 Reichsmark. Die zweihunderttausend Landarbeiter erfordern also einen Devisenaufwand von 70 Millionen Reichsmark, eine Summe, die dem von der Reichsbank ausgewiesenen Goldbestand ziemlich genau entspricht. Nachdem die deutsche „Ernährungsschlacht“ mit ihren sehr geringen Ergebnissen zuerst an die Grenze der deutschen Arbeitsreserve gestossen ist, muss jetzt die Ergänzung dieser Reserve aus dem Auslande die stets vorhandenen deutschen Devisenschwierigkeiten noch vermehren. Man sieht, die Autarkie lässt sich auf landwirtschaftlichem Gebiet nicht so leicht verwirklichen, wie die Hitler, Darré und Göring geträumt hatten.

Damit ist zugleich ein Hauptpfeiler der deutschen Kolonialagitation eingestürzt. Deutschland brauche keine Auswan-

dungsmöglichkeiten, es bedarf der Einwanderung. In den früheren deutschen Kolonien belief sich die Anzahl der Deutschen auf knapp zehntausend Köpfe. Schon in den Jahren vor dem Kriege gab es keine deutsche Massenauswanderung mehr. Die Deutschen gingen als Techniker, Kaufleute, zu einem geringen Teil auch als Monteure und qualifizierte Arbeiter ins Ausland und der Hauptteil ging nicht in die Kolonien, sondern in die Vereinigten Staaten, nach Südamerika und die englischen Dominien. Als selbständige Unternehmer oder höhere Angestellte förderten sie die Ausdehnung der Handelsbeziehungen mit dem Mutterlande und leisteten volkswirtschaftlich damit eine weit wichtigere und produktivere Tätigkeit als die Siedler in den Kolonien.

Trotzdem hat bis in die jüngsten Zeiten die nationalsozialistische Kolonialpropaganda die Rückgabe der deutschen Kolonien mit dem Argument bestritten, sie seien für die deutsche Auswanderung und für die produktive Betätigung der deutschen Arbeit unentbehrlich. Man kann sich denken, mit welcher Befriedigung die englische und französische Presse jetzt auf den Arbeitermangel in Deutschland selbst hinweisen.

Aber auch mit dem anderen Kolonialargument steht es nicht besser. Die Hitlerpropaganda versucht mit allen Mitteln, den Massen weiszumachen, dass die Wiedererlangung der deutschen Kolonien sie von all den Rohstoffnöten, die die Wehrgewalt über sie verhängt hat, befreien würde. Auch diese Behauptung hält einer Nachprüfung nicht stand. Die Propaganda legt zum Beispiel grosses Gewicht an den deutschen Einfuhrbedarf an Oelfrüchten. Nun betrug in den letzten vier Jahren die durchschnittliche Einfuhr Deutschlands an Palmkernen, Kopra und Erdnüssen rund 750 000 Tonnen, der Einfuhrbedarf an Palmöl rund 45 000 t. Die ehemaligen deutschen Kolonien liefern aber gegenwärtig nur 151 000 t. Palmkerne, Kopra und Erdnüsse und rund 12 000 t. Palmöl. Wenn der ganze Export dieser Kolonien ausschliesslich nach Deutschland ginge, so könnte der Einfuhrbedarf an den genannten Oelrohstoffen nur zu 20 Prozent und an Palmöl nur zu 27 Prozent gedeckt werden. Der deutsche Einfuhrbedarf an Oelfrüchten für Ernährung und technische Zwecke zusammengenommen, liesse sich freilich aus den ehemaligen deutschen Kolonien nur zu knapp 10 Prozent befriedigen. Die Versorgung des Dritten Reiches mit Oelrohstoffen würde durch die Rückgabe der Kolonien nur in sehr geringem Umfange erleichtert werden.

Nicht viel anders steht es mit den Textilrohstoffen. Die Gesamtproduktion der ehemaligen deutschen Kolonien betrug 1935 an Wolle 9 200 t. Die gedrosselte Einfuhr Deutschlands dagegen 122 000 t. Die koloniale Produktion an Baumwolle war 12 000 t., die Einfuhr Deutschlands 210 000 Tonnen. Dabei sind die Aussichten für eine Steigerung der kolonialen Produktion selbst bei grossen Kapitalaufwendungen recht ungünstig. Die klimatischen Verhältnisse im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, dem einzigen Land, das für Wollproduktion in Frage kommt, lassen eine wesentliche Vermehrung des Schafbestandes nicht zu. Etwas günstiger liegen die Dinge bei Baumwolle. In Togo und Deutsch-Ostafrika haben die Mandatsregierungen die

umwollkultur mit allen Mitteln gefördert. In Deutsch-Ostafrika stieg auch die Baumwollproduktion von 1913 bis 1935 von 2 198 auf 9 980 t., in Togo von 503 auf 1 535 t. Immerhin liesse sich denken, dass sich in Deutsch-Ostafrika im Laufe von 15 Jahren die Produktion auf die Höhe des benachbarten Uganda, auf etwa 60 000 t., steigern liesse. Auch in Togo ist eine Produktionserhöhung auf 8 000 t. nicht ausgeschlossen. Fünfzehn Jahre nach einer Wiedererlangung des alten Kolonialbesitzes könnte Deutschland nach Einsatz sehr grosser Mittel damit rechnen, ungefähr 75 000 t. Baumwolle im Bereich der Deutschen Markwährung zu erzeugen. Damit wären erst 25 Prozent der heute durchaus unzureichenden Einfuhr gedeckt. Zugleich würde sich ein nennenswerter Teil der so mühsam und kostspielig aufgebauten Zellwollproduktion als Fehlinvestition erweisen.

Die Lügenhaftigkeit der deutschen Kolonialpropaganda ist also offenkundig, wie die wenigen Beispiele, die sich beliebig vermehren liessen, bezeugen. Es wird klar, dass die Rückgabe der afrikanischen Kolonien — an das verbündete Japan wird ja keine Forderung gestellt — *viel weniger aus wirtschaftlichen als aus militärischen Rücksichten gefordert wird.* Hitler-Deutschland will in der Flanke des englischen und französischen Kolonialbesitzes Fuss fassen, um zusammen mit Mussolini einerseits die englisch-französischen lebenswichtigen Seeverbindungen, andererseits zu Lande ihren Kolonialbesitz bedrohen zu können. Der Raum, um den es sich den deutschen Machthabern handelt, sind nicht die wirtschaftlich armseligen früheren deutschen Kolonien, sondern es ist *der strategische Raum*, von dem aus später der Kampf um die neue Verteilung der Welt und ihre Reichtümer beginnen kann.

Dr. Richard Kern.

## Gegenseitigkeit? Pressfreiheit für Deutsche — in England

Die Januarnummer des „Nineteenth Century“, der repräsentativen englischen Zeitschrift, enthält einen Aufsatz mit der Ueberschrift: „The Principle of Collectivity in International Relations“ (das Kollektivitätsprinzip in den internationalen Beziehungen). Als Verfasser zeichnet *Konstantin Freiherr von Neurath*. Der hochoffizielle Leitartikler beschränkt sich nicht darauf, die angebliche Fehlerhaftigkeit der Völkerbundsverfassung und das aus ihr entspringende Versagen des Bundes in allen historischen Situationen der letzten zwei Jahrzehnte zu beleuchten, und ein Todesurteil über den Völkerbund auszusprechen. Er geht zu massiven Anklagen über:

„Viele Regierungen suchten ehrlich und in Treu und Glauben die effektive Organisation der internationalen Beziehungen zu erreichen. Sie stiessen auf keine Gegenliebe bei einer Mächtigkeitsgruppe, deren alleiniges Interesse es war, die Genfer Maschinerie zur Aufrechterhaltung des Status quo zu brauchen, und die sich bei Ausbruch von Feindseligkeiten die moralische Unterstützung und die praktische Hilfeleistung der Bundesmitglieder sichern wollte.“

die Sache doch eigentlich erst interessieren!

Wie man es auch machen kann, zeigte jüngst ein mit Genehmigung der japanischen Kriegszensur versandter Artikel eines europäischen Korrespondenten aus Tokio: Er beginnt mit der imposanten Feststellung: „Das japanische Volk steht zu hundert Prozent hinter seiner Regierung und ihrer Politik gegen China.“

Hundert Prozent, — das ist klar, das ist eindeutig. Daran ist nichts zu drehen und zu deuteln. Hundert Prozent das heisst: bis auf den letzten Kull. — Aber der Korrespondent fährt fort: Allerdings gäbe es auch einige hundert Kommunisten... Ein ärgerlicher Schönheitsfehler, korrigiert durch die beruhigende Mitteilung, man habe sie sämtlich eingesperrt und so verhindert, dass ihre Agitation die Einheit des Volkes stören könnte.

Jedoch, merkwürdig: die Regierung hat noch weitere Massnahmen ergriffen, damit die Anti-Kriegspropaganda nicht um sich greife. Hm, obwohl das Volk „zu hundert Prozent“ hinter der Regierung steht, obwohl die „paar hundert“ Störenfriede ebenso restlos eingesperrt sind? — In gewissen Fragen, so werden wir belehrt, lasse sich leider nicht mit hinreichender Deutlichkeit unterscheiden, ob eine Ansicht kommunistisch, oder ob sie sozialdemokratisch oder ob sie bürgerlich-liberal sei. Deshalb habe die Regierung auch die Anhänger dieser Anschauungen einer scharfen Sonderbeobachtung unterworfen.

Nun weiss man, wie eine Bevölkerung „zu hundert Prozent“ hinter ihrer Regierung und einem imperialistischen Raubkrieg steht.

Neurath spricht nicht von Frankreich. Aber er nimmt bei der Suche nach dem Sündenbock England und Deutschland ausdrücklich und felerlich aus. Da Sowjetrussland zu der Zeit, von der die Stelle des Artikels handelt, noch nicht Bundesmitglied war, und da zugeständenermassen von den kleinen Mächten nicht die Rede ist, bleibt nur Frankreich übrig. Hier unternimmt es ein deutscher Staatsmann, in einer Spitzzeitschrift der englischen Politik, gegen das mit England verbündete Frankreich den Vorwurf zu erheben, es habe die Organisation des Friedens in Europa sabotiert. Nebenbei nennt er die Völkerbundsidee ein Gemisch aus unerfüllbaren Utopien, weltfremden Ideologien und selbstsüchtigen Zielen, die gleiche Idee, von der der englische Regierungschef vor weniger als einem Monat erklärt hat, sie sei die tragende Idee der internationalen Konzentration Englands.

Es ist eine eigene Sache um die Freiheit der Meinungsäusserung. Wir würden dem Aussenminister Eden empfehlen, zur Vorname einer Gegenprobe einen Artikel mit entsprechend umgekehrtem Inhalt an eine repräsentative deutsche Zeitung oder Zeitschrift einzusenden.

Vom Kulturkampf. Der deutsche Katholizismus hat in seinen Bestrebungen, die Jugend festzuhalten, einen neuen schweren Rückschlag erlitten. Sämtliche katholische Jugendorganisationen in Bayern sind zwangsweise aufgelöst worden. Die katholische Jugend wird beschuldigt, sich in staatsfeindlichem Sinne betätigt zu haben. Die Begründung ist darauf angelegt, die Jugendverbände ausserhalb des vom Reichskonkordat gewährten Schutzes zu stellen.

Wahl-Ersatz. Am 31. Januar mussten alle deutschen Arbeiter in den Betrieben zu Appellen antreten. Die Parole dafür lautete: „Wir stehen zu Adolf Hitler“. Ob die Arbeiter wirklich zu ihm stehen, darnach hat sie keiner gefragt. Diese Appelle sind der Ersatz für die abgeschafften Vertrauensmännerwahlen.

Kommt davon. Ein Jude in Leipzig hatte am vorigen ersten Mai die Hakenkreuzfahne herausgehängt. Er wurde wegen „Verletzung der deutschen Ehre“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Aufgelöst. Auf Grund der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat ist der Hamburger Männer- und Frauenchor „Vorwärts“ von 1909 für das Gebiet des Landes Hamburg aufgelöst worden, „weil der dringende Verdacht der organisatorischen Zusammenfassung marxistischer Elemente innerhalb dieses Chors bestanden habe.“

Opferfeuer flammt! In Magdeburg soll zugunsten des Winterhilfswerks ein zehn Meter hoher Tempel errichtet werden, in dessen Eingang auf einer Säule eine Opfersehale stehen wird. Jeder Besucher, der den Tempel betritt, soll hier zwanzig Pfennig in einen Automaten werfen. Im gleichen Augenblick soll das Opferfeuer aufblitzen. An den Kassenschaltern kann dann gegen eine Automatenquittung ein „Opferfeuer-Pass“ entgegengenommen werden. Der abtrennbare Ansichtspostkarte enthält.

Als in einem Diktatorlande der Winter besonders hart und das Heizmaterial besonders knapp war, kam der Propagandaminister auf die rettende Idee: Auf seine Anordnung mussten sämtliche Thermometerfabriken die Skalen so zur Quecksilbersäule einstellen, dass der Nullstrich bei fünf Grad Kälte zu liegen kam. Wer danach dennoch fror, kam als Nörgler ins Gefängnis.

In einem unfreien Lande bloss zu leben — das allein ist schon lebensgefährlich. Man verwandelt sich aus einem lebenden Menschen, ehe man sich versieht, in „Menschmaterial“, und von da ab ergeht es einem wie dem sonstigen Altmaterial: man wird eingestampft.

Gewalt und Ueberredung sind die beiden Gegenpole, von denen aus der Staat auf die Einzelnen wirkt. Gewalt erfordert stets den höheren Aufwand an Energie, dabei wirkt sie — im Gegensatz zur Ueberredung — nur äusserlich und momentan. Gewalt dort angewendet, wo Ueberredung ausgereicht hätte, ist also ähnlich Energievergeudung als ob der Eigner einer Segeljacht, die den Wind im Rücken hat, das Segel einzieht und zu den Rudern greift.

Daraus lässt sich umgekehrt schliessen: Wo tatsächlich und ununterbrochen mit den Mitteln der Gewalt regiert wird, hat die Ueberredung nicht gewirkt, besteht keine Ueberzeugung zu gunsten der Gewalt ausübenden. Damit entlarvt sich die Behauptung von der „allgemeinen freiwilligen Zustimmung“, die alle Diktatoren zu geniessen vorgeben. Jonathan.

## Aus meinem Notizbuch

Jüngst las ich eine Verordnung, wonach es fortan in deutschen Wirtshäusern gestattet ist, Speisen, die ein Gast stehen gelassen hat, seinem Nachfolger zu servieren.

Das überrascht nicht. Es liegt eine Uebertragung geistiger Prinzipien ins Materielle vor. Geistig lebte der Nationalsozialismus seit jeher von Abfällen, die jedes saubere Denken voll Ekel verschmähte.

Wilhelm Scherer, dessen „Deutsche Literaturgeschichte“ einstmals in unzähligen Bücherschränken als Symbol der Bildung und Belesenheit des Eigners prangte, Wilhelm Scherer hatte sich mit der Hartnäckigkeit des deutschen Professors in den Kopf gesetzt, das tiefste Wesen der deutschen Natur zu ergründen. Endlich glaubte er es zu haben, und er formulierte es als „die Hartnäckigkeit im Guten und Bösen“, die (nach Tacitus) von den alten Germanen als „Treue“ bezeichnet wurde. Kaum hatte er dies veröffentlicht, da brach in Berlin (es war in den achtziger Jahren) mit Vehemenz der Radikalismen des Hoffprediger Stöcker los. Scherer, der mit Virchow, Mommsen u. a. die bekannte „Notabeln“-Erklärung gegen das wüste Treiben unterzeichnete, äusserte in jenen Tagen, wie Georg Brandes berichtet hat, wehmütig am Stammtisch:

„Es geht mir wunderbar mit der Bestimmung dessen, was da tiefst innen deutsch ist. Einmal glaubte ich, es wäre die grosse Leidenschaft. Dann meinte ich, es sei die Hartnäckigkeit. Früher wusste ich: unser Fluch ist der, weder Mass noch Ziel halten zu können. Jetzt weiss ich gar nicht mehr, was das Deutsche ist. Ich sehe *allzuviel Rohheit*.“  
Ja, — und was war schon das bisschen

Radau der Stöcker und Konsorten gegen das Tober der braunen Horden Adolf Hitlers und Julius Streichers?

Aus den Tagen der Kämpfe um Shanghai: Während die Chinesenstadt in Flammen steht, während die Granaten der japanischen Kriegsschiffe ein Viertel nach dem andern in Asche legen, während ein Strom von verzweifelt Fliehenden sich in die Europäer-Konzessionen ergiesst, während die Leichen der Erschlagenen von den Flammen verzehrt werden, — während alledem herrscht in den Hotel-Wolkenkratzen am Yangtse-Ufer Hochbetrieb. Im achten Stockwerk eines der Paläste (vor dem es in den ersten Tagen der Beschliessung 150 Tote gegeben hat) befindet sich eine Bar. Nicht ein Plätzchen ist dort zu bekommen. Die Fenster geben nämlich freie Aussicht über den Fluss auf die brennende Chinesenstadt; man erkennt jeden Einschlag an der aufsteigenden Schutt- und Rauchsäule. Mit Aussicht auf diese Schreckensnacht eine mondäne Gesellschaft Nacht für Nacht bis zum Morgen. Während Tausende sterben, klingen die Sektgläser, und vom anderen Ufer des Flusses bestrahlt der Flammenschein des Inferno die Tänzer, deren Körper allein vom Schweisse nass sind.

Eine gewesene Kultur symbolisiert ihren Untergang. Keine Dichterphantasie kann den Totentanz des europäischen Kapitalismus drastischer malen.

Abstimmungen in Diktatorländern sind eine recht lederne Sache. Keinem Diktator wollte es bisher gelingen, mehr als hundert Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen, — und gerade von da ab würde



## Die heroische Füllfeder

Der F. Bethge, Dramatiker und Kunstbeamter der Reichstheaterkammer, gilt drüber als Fachmann für bühengerechten Heroismus. Er hat auf der Bochumer Theaterfestung der HJ ein Wort geprägt, das in der Nazipresse immer wieder auftaucht (wie jüngst in der „Preussischen Zeitung“ vom 9. 1.) und das deshalb auch hier festgehalten werden soll:

„Fragt euch bei jedem „heroischen Werk“ auch: „Wer steht dahinter?“ — Hat der Dahinterstehende auch das Recht, „in unserem Namen“ zu sprechen? Es gibt eine Probe aufs Exempel: den Humor. Der echte Held lacht, lacht viel — und nicht nur der Gefahr. *Nirgends ist mehr gelacht worden als im Krieg* — mit allen Schattierungen des Lachens.“

Ja, die ehemaligen Frontsoldaten versichern sogar, dass im Kriege eigentlich nur gelacht worden sei. Und zwar wurde umso mehr und umso fröhlicher gelacht, je weiter man nach vorn kam. Nur in der Etappe herrschte beklemmender Ernst. Im kommenden Kriege wird noch mehr gelacht werden, weil es da keine Etappe mehr gibt. Wird das eine Heiterkeit sein, wenn die Städte in Flammen stehen und Frauen mit ihren Kindern, wie jetzt in Spanien, von Granaten zerrissen werden! Und wenn nachher ein Nachkriegsbethge dieses Lachen besingt — wird das eine Konjunktur für die überlebende heroische Füllfeder! Oder wird man sie dann endlich an die Laterne hängen?!

## Schmuck und Meyerhold

Mitte Januar wurde in Moskau das Meyerhold-Theater geschlossen, da Intendant Meyerhold die offiziöse Sowjetkunst erheblich weniger schätzte als die Machthaber wünschen. Die Presse des Dritten Reiches bemächtigte sich des Falles mit beföhler Aufregung. So schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ (vom 14. 1.):

Wenn der ganze Vorgang auch in der Linie liegt, die in Sowjetrußland durch Stalin gezogen ist, so ist er doch ein neuer Beweis für die geradezu pathologische Furcht der Machthaber vor „Konterrevolution“.

Diese „Furcht des Tyrannen“, wie die „Kölnische Volkszeitung“ ihre Glosse überschreibt, gibt es natürlich nur in Russland. Im Dritten Reich existiert keine Gestapo, keine Flüsterei, keine Furcht, und Hitler hat weder eine Leibgarde, noch werden seine Aufenthaltsräume überwacht. Der Schluss: „Dabei wird selbstverständlich niemand das Meyerhold-Theater an sich als eine Musteranstalt betrachtet. Wie mag nun eigentlich das was besuchte Sowjettheater aussehen, wenn dieses Unternehmen schon an den Galgen gehängt wird?“

Wie es aussehen mag? So unfrei, wie das neudeutsche Theater, auf dem im übrigen ein Theaterrevolutionär wie Meyerhold nie möglich gewesen wäre.

Der Achsenschnitt. Bei einer Besichtigung verschiedener Milizabteilungen wurde Mussolini ein neuer italienischer Paradeschritt, der „Passo Romano“ (römischer Schritt), vorgeführt, der zum erstenmal mit durchgedrückten Knien und hartem Tritt, ähnlich dem deutschen Parademarsch, ausgeführt wird.

## Wie man in Deutschland stirbt

Wilhelm Schäfer feierte im Januar seinen 70. Geburtstag, und die „Illustrierte Zeitung“ (die frühere Leipziger Illustrierte) brachte, um ihn zu ehren, eine Schäfersche Anekdote, die von dem Tode seines Bruders handelt.

Wilhelm Schäfer hat einmal in einer sehr weit zurückliegenden Zeit als kultivierter Erzähler begonnen. Die Entwicklung jedoch, die er im Verlaufe seines Lebens nahm (13 Bücher der deutschen Seele) macht es nicht verwunderlich, dass ihn das Dritte Reich seiner Heimat nicht entfremdete. Trotzdem kann man, wenn man zwischen Nationalisten und Nationalisten unterscheiden will, nicht ohne Erschrecken die Anekdote lesen, deren wesentlichste Sätze wir abdrucken:

„Ich hatte ihn (den Bruder) acht Tage vorher noch besucht und von einem Schlaganfall betroffen gefunden. Er sass noch da mit seinen aufmerksamen Augen... aber die Sprache war ihm, dem fröhlichen Sprecher, genommen.“

... In seiner Sterbenacht wurde er im Gegensatz zu seiner sonstigen Art unruhig... bis er noch einmal in Schlaf fiel. Auch seine Frau und Pflegerin war zuletzt eingeschlafen, als sie durch ein lautes „Hier!“ aufgeschreckt wurde. Da sass mein Bruder Johannes stramm aufgerichtet im Bett, den Kopf erhoben und die weitgeöffneten Augen auf seinen unsichtbaren Rufer gerichtet. Er, dem die Sprache genommen gewesen war, hatte sich auf seinen Namensanruf mit einem lauten „Hier“ gemeldet.

Mehr als ein halbes Jahrhundert war vergangen, seitdem er zur Reserve entlassen war, und er hatte ein reichlich Bür-

Die nationalsozialistischen Anführer, die mit dem Schlachtruf „Abkehr vom Materialismus!“ in ihre Ämter und Pfünden eingerückt sind, sorgen dafür, dass dem Volke die braune Religion erhalten bleibt. Ob es sich um die Müllabfuhr handelt, um Lohnsenkungen oder um die Gewährung einer Exportprämie an die Unternehmer, selten wird eine Massnahme im Dritten Reich mit sachlichen Erwägungen begründet, immer müssen Weistum und Brauchtum, Volk und Rasse, Blut und Boden herhalten. Die deutsche Wirtschaftsentwicklung vollzieht sich jedoch nicht in Walhalla, sie zwingt die nationalsozialistischen Apostel immer wieder dazu, das im Augenblick Zweckmässige zu veranlassen, auch wenn es all dem ins Gesicht schlägt, was gestern als einzig „artgemäss“ bezeichnet wurde. So müssen oft dieselben Phrasen herhalten, um Entgegengesetztes zu begründen. Das krassste Beispiel dafür sind die Parolen, die in den letzten Jahren für und wider die Frauenarbeit ausgegeben wurden.

Zunächst war das ganz einfach. Es herrschte Arbeitslosigkeit. Also: „Frauen, zurück ins Haus!“ Balleibe nicht, um Arbeitsplätze freizumachen. Nein, damit der deutsche Herd wieder jenes Ansehen gewinne, das er bei den Allverderben genoss und durch die Marxisten verloren hat, damit die deutsche Frau wieder das werde, was ihre stolzen Ahnfrauen waren, Hüterin der heiligen Flamme, Wabrerin der häuslichen Tugend und was der artgerechten Pflichten mehr sind. Praktisch sah das so aus: Arbeiterinnen und Angestellte wurden teils entlassen und durch männliche Kollegen ersetzt, teils durch Gewährung von Ehestandsdarlehen zur freiwilligen Aufgabe ihrer Stellung und zu unbedachten Eheschliessungen verlockt, die später in grosser Zahl zur Scheidung führten. Gegen die Akademikerinnen ging man noch strenger vor, denn die männliche Studentenschaft empfand die weibliche Konkurrenz als besonders lästig. Hier wurden Speermassnahmen verhängt, die z. B. allen angehenden Lehrerinnen auf Jahre hinaus jede Aussicht auf eine Anstellung nahmen. Stipendien wurden ausschliesslich männlichen Bewerbern zugeteilt. Die Gerichte wehrten sich mit Erfolg gegen weibliche Referendare, die Krankenhäuser gegen Assistenzärztinnen. Es begann bei den weiblichen Studierenden eine Massenabwanderung in minder bezahlte kaufmännische und handwerkliche Stellungen, es vollzog sich ein allgemeiner sozialer Abstieg. Gleichzeitig drängten männliche Bewerber auch in jene Berufe, die selbst von den nationalsozialistischen Schreibern und Rednern als „typisch weiblich“ bezeichnet wurden. Die Wohlfahrtsämter und fürsorglichen Beratungsstellen füllten sich mit alten und jungen Kämpfern. Nur die aufreibendsten und verantwortungsvollsten Posten — etwa in der Land- und Familienpflege — blieben ausschliesslich den Frauen vorbehalten.

Im letzten Jahre ist auf dem Gebiet der manuellen Frauenarbeit ein erheblicher Wandel eingetreten. Es fehlt an Arbeitskräften. Die Zahl der arbeitenden Frauen

gerleben hinter sich gebracht: aber als ihn der Tod rief, meldete der Soldat sich zum Gehorsam: „Hier!“

Man möchte wünschen, dass diese Geschichte ein Satyriker erfunden hätte. Aber Wilhelm Schäfer hat sie „in gutem Glauben“ geschrieben.

## Da gibt es Freude

Man schreibt uns:

In einem Pariser Reisebüro fiel mir ein hübsch illustrierter Prospekt mit der anziehenden Ueberschrift auf: „Il y a de la joie!“ „Da gibt es Freude!“ Angereizt von dem Refrain dieses neuesten Pariser Schlagers, den jeder Gamin mit Andacht pfeift, erbat ich mir einen der Prospekte. Welch herzliche Ueberraschung für mich! Wo wurde mir und jedermann, der siebenhundertfünfzig Franken für drei Tage opfern kann und will, Freude verheissen? Nirgendwo anders als in Cologne, beim „700-jährigen Karneval zu Köln am Rhein“, französisch geschrieben „carnaval“. Wahrhaftig, drei Tage, Fahrt erster Klasse, erstklassiges Hotel, erstklassige Bälle im Gürzenich mit munterem Geschunkel, das der Prospekt bunt und fröhlich illustrierte! Selbstverständlich einschliessend Rosenmontagszug und je nach Bedarf ein Portionchen Aschermittwoch mit Haken- oder -Aschenkreuz.

Sie lassen nicht, sie lassen nicht von ihrem Festeleer, und jeder Fremde hat beinahe die moralische Verpflichtung, sich persönlich davon zu überzeugen, dass Göbbels und Ley wahrgesprochen haben, das deutsche Volk sei unter Hitler glücklicher und froher geworden.

Aber die „joie“, die der Franzose bei

# Frauenarbeit — artgemäss

## Zusammenbruch einer braunen Agitationslüge

steigt wieder, und die schönsten Phrasen vom häuslichen Herd haben an dieser Entwicklung nichts ändern können. Bereits im ersten Halbjahr 1937 stieg der Anteil der Frauenarbeit in der deutschen Industrie von 24,7 auf 25,5 Prozent. Da in der gleichen Zeit die Beschäftigtenzahl im Ganzen zunahm, bedeutet das eine recht erhebliche Steigerung. Seither ist aber die Entwicklung in raschem Tempo weitergegangen.

Bis zum Herbst 1937 war die Gewährung von Ehestandsdarlehen mit der Bedingung verknüpft, dass die junge Frau ihren Beruf aufgab. 800 000 Frauen haben sich dieser Bedingung unterworfen. Seit 1. Oktober 1937 werden Ehestandsdarlehen auch dann gewährt, wenn die Frau ihren Arbeitsplatz behält oder gar eine neue Arbeit aufnimmt. Nur die Tilgung des Darlehens hat in solchen Fällen rascher zu erfolgen. Die Arbeitsfront allerdings benützt auch diese Gelegenheit, um auf Kosten ihrer Mitglieder und zugunsten ihrer Bonzen zu sparen. Sie zahlt eine Heiratshilfe nur dann, wenn die Frau aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet. Dagegen setzte sich der rheinische Gauleiter und Staatsrat Grohé in der Presse energisch für die Frauenarbeit ein. Er erklärte, das Wort „Doppelverdienertum“ sei längst überholt.

„Nachdem jeder Deutsche die Möglichkeit zum Arbeiten bekommen habe, müssten alle Schranken fallen, die dem einzelnen mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit anderer den Einsatz seiner Kräfte verwehrt hätten. Die Ehefrau, so sie nicht zum mütterlichen Glück gelangt sei und die mithin keine besonderen Haushaltspflichten habe, sei im Arbeitsprozess durchaus erwünscht, auch wenn sie es angesichts des Einkommens ihres Ehemannes von ihrem persönlichen Standpunkt aus gesehen nicht nötig habe. So sehr Haushaltsführung und Kindererziehung als erste Aufgabe der Mutter allen anderen voranzugehen habe, beständen jedoch gegen die vielfach übliche Stundenbeschäftigung von Müttern, deren Hausstand eine Nebenarbeit gestatte, keine Bedenken.“

Gegen die volle Beschäftigung von Müttern, deren Hausstand keine Nebenarbeit gestattet, bestehen vielleicht Bedenken, aber sie werden von niemandem beachtet. Vielmehr sind die Krippen und Horte — die Tagesheime für Säuglinge und Schulkinder — bereits so überfüllt, dass weder das Pflegepersonal noch der zur Verfügung stehende Raum ausreicht. Es ist also genau das Gegenteil von dem eingetreten, was die Nationalsozialisten bei der Machtübernahme mit viel schönen Reden verkündeten: die Frauen hüten nicht die „häusliche Herdflamme“, sondern stehen an den Maschinen, während ihre Kinder fremden Händen überlassen sind. Dass sie sich allerdings freiwillig zur schlecht bezahlten und vielfach mit Ueberstunden belasteten Fabrikarbeit drängen, glaubt Herr Grohé wohl selbst nicht. Vielmehr reicht der Lohn des Mannes gewöhnlich nicht zum Nötigsten, zumal wenn der Familienvater verschickt worden ist, in einer anderen Gegend des Reiches arbeiten muss und

eine doppelte Haushaltsführung notwendig ist.

Für die Frauen in geistigen Berufen ist es dagegen eine Lockung, ihre Arbeit auch dann fortzuführen, wenn ihre wirtschaftliche Existenz durch eine Ehe gesichert ist. Aber hier ist der Konkurrenzkampf noch nicht beendet, hier gilt noch der schöne Wahlspruch vom häuslichen Herd. Die „Frankfurter Zeitung“ vom 16. Januar stellte fest, dass sich in den höheren Berufen die Wiederbeschäftigung der Frauen „noch nicht in gleichem Umfang durchgesetzt habe“.

„Die psychologischen Hemmungen, die hier der Frauenarbeit entgegenstanden, hatten in der Krise zu wirklichen Sperren geführt, die inzwischen erst zum Teil wieder beseitigt wurden. Dies gilt für weibliche Juristen, für Philologinnen, auch für Aerztinnen und vielleicht sogar für einen Teil der gesundheitspflegerischen und Fürsorgeberufe, die ja in der Regel in besonderem Masse als weibliche Berufe gelten.“

Der jahrelange Feldzug gegen die Frauenarbeit ist also doch nicht spurlos vorübergegangen. Er hat zwar die Frauenarbeit nicht beseitigt. Im Gegenteil. Die Frankfurter Zeitung spricht bereits von einer „Hausflucht“ der Frau und klagt, dass „gleichsam der letzte irrationale und menschliche Bezirk, der häusliche, Gefahr laufe, ganz den Bedingungen der arbeitsteiligen, hochspezialisierten Wirtschaft unterworfen zu werden“. Aber eines ist jedenfalls erreicht worden: die arbeitende Frau in Deutschland ist auf der sozialen Stufenleiter ein beträchtliches Stück abwärts gestiegen. Denn nicht nur die Akademikerinnen sind in ihrem Berufsweg gehemmt worden, auch alle Arbeiterinnen, die aus der Arbeit ausschieden, sei es, weil sie ein Ehestandsdarlehen erhalten wollten, sei es einfach, weil sie entlassen wurden, haben wertvolle Jahre eingebüsst, rangieren heute in einer minderen Lohnklasse oder müssen als ungelernete Kräfte in einem fremden Fach neu beginnen.

Ein Phrasenbau ist elend zusammengebrochen. Aber die nationalsozialistischen Redner und Zeitschriften schaffen bereits emsig an einem neuen. Sie besinnen sich plötzlich darauf, dass die germanische Frau in Urzeiten nicht nur Hüterin des Hauses gewesen sei, sondern ihrem Mann in allen Führnissen der Widnis zur Seite gestanden habe. Also ist heides „artgemäss“: die Entlassung der Industriearbeiterinnen und ihre Neueinstellung unter verschlechterten Bedingungen. Die Auffassung es habe sich beide Male um reine Konjunkturmassnahmen gehandelt, zeugt von einer durch und durch materialistischen Denkweise und ist eines deutschen Menschen unwürdig.

Neue Ausbürgerungen. Eine Liste von 30 Ausgebürgerten wird im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Von dem Verlust der Staatsangehörigkeit werden weiterhin 37 Angehörige der Ausgebürgerten betroffen.

diesem Anlass geniesst, kassiert keineswegs nur der Kölner Verkehrsverein ein. Es freut sich auch das Propagandaministerium. Kann man den Karneval nicht auch zum politischen „Brückenbau“ verwenden, um den letzten Franzosen unter den Kanonen der wiedereingezogenen Artillerie im früher besetzten Gebiet von der Heftigkeit der Friedensliebe des Dritten Reiches zu überzeugen? In jeder der reizenden Sitzungen fasst ein Herr Schmitz den Monsieur Bourgeois an den Händen, man wiegt sich im Rhythmus des Stimmungssängers und ist voneinander einhellig begeistert. Jeder Karnevalsjeck ein Friedensengel! Zwar schmeckt Monsieur Bourgeois der Rheinwein etwas säuerlich, aber dabei wird er nicht versäumen, Madame Bourgeois, dem Onkel Jean und der Tante Antoinette zu berichten, dass die Notizen über Volksbedrückung, Lebensmittelmangel und Teuerung im Dritten Reich nicht wahr sein können.

Was tut Monsieur Bourgeois darauf? Er schreibt als höflicher Pariser einen Dankesbrief nach Köln an den Verkehrsverein. Er wird sofort abgedruckt und kommt in die Sammelmappe der Auslandspropaganda. Monsieur Bourgeois empfängt nicht nur Freude: er gibt auch welche, neben seinem Devisenopfer.

## Die alte Schablone

Unter Darrés Schirmherrschaft wurde in Berlin eine Kunstaussstellung eröffnet, die „deutsche Bauern, deutsches Land“ zeigen soll. Also Thema „Blut und Boden“, bequeme Motive, bei denen der gleichgeschaltete Künstler aus dem Vollen schöpfen kann. Aber auch hier triumphieren Mittelmä-

sigkeit und alte Schablone, wie aus einem Bericht der DAZ (16. 1.) hervorgeht, in dem es heisst:

„Die gute Tradition wird gewahrt, das Erprobte ins Heutige umgesetzt, wobei auffällt, dass neben dem ausgesprochen landschaftlichen der bäuerliche Mensch nur ein einziges Mal in der Verblüdung mit der Maschine, der er sich doch sehr häufig und erfolgreich bedient, gezeigt wird; sonst ist das Werken der Hände, sei es mit Pflug oder Sense, mit Säen oder Ernten, stets zur symbolhaften Gestaltung eines ewigen Arbeitsvorganges gewählt. Bestimmt mit Recht, aber man kann sich doch zuweilen nicht des Eindrucks von sich zu häufig gleichenden Vorwürfen erwehren, und es scheint, dass das Romanische darin rein gefühlsmässig nie ganz gebannt ist.“

Also: Ueber Egger - Linz und Leibl, die sozusagen als Motto und Vertreter überkommener braver Bauernmalerei dort hängen, geht nichts hinaus. An die Realität neuer Arbeitsvorgänge wagt sich keiner recht heran, es könnten Irrtümer unterlaufen, und mit einem Male kriegt einer den artfremden Stempel aufgebrannt. Hat doch der stellv. Geschäftsführer der Reichskulturkammer der bildenden Künste, Dr. Gaber, bei Eröffnung einer Ausstellung im Gau Köln - Aachen laut Köln. Volksztg. (14. 1.) erklärt:

„Es könne keine irrigen Auffassungen mehr geben, nachdem der Führer selbst das entscheidende Wort und das umfassende Leitbild für den deutschen Künstler herausgestellt habe: Deutschein heisst klar sein.“

Wie klar man da oben ist, hat die Ausstellung der Entarteten bewiesen, die im Laufe der ersten Woche ein wenig revidiert werden musste.



# Was wird aus der Reichsbahn?

## Verfall eines glänzenden Unternehmens

Die Leute, die den Zustand eines Landes zu kennen glauben, das sie nur von den Fenstern des D-Zuges oder ihres Hotels gesehen haben, sind in der Welt gar nicht selten und ihr Einfluss auf die Weltmeinung ist nicht gering. Für sie steht es apodiktisch fest, dass es in den Ländern, denen die Segnungen der faschistischen Diktatur zuteil werden, gelingt, nicht nur den Menschen, sondern auch den Eisenbahnzügen Ordnung und Pünktlichkeit beizubringen. Diese Herrschaften muss es schwer enttäuschen, der *Frankfurter Zeitung* vom 4. Januar 1938 zu entnehmen, „dass die Verspätungen zu einem ersten Problem des Reichsbahnbetriebes geworden sind“.

Aber da die *Frankfurter Zeitung* verpflichtet ist, auch an den Missständen im Dritten Reich noch etwas der Bewunderung Wertes herauszufinden, behauptet sie, es nötige

„den Aussenstehenden zuweilen fast mehr Bewunderung ab, wenn sich die Zugfolge auf den Fernstrecken, wie an manchen Spitzenverkehrstagen des letzten Sommers, ausserhalb jedes Fahrplans abwickelt, als wenn der Betrieb mit minutiöser Pünktlichkeit funktioniert“. Aber immerhin wagt sie die Ansicht zu äussern, dass „die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit sinken“ müsse, damit „eine Wiederherstellung der früher vorbildlichen Pünktlichkeit“ erfolgen könne. Es müsse auch beachtet werden, dass häufige Verspätungen grösseren Umfangs mindestens vorübergehend auch das Zugpersonal stärker belasten können. Wenn so ernste Folgen für die Sicherheit des Bahnpersonals erwartet werden, müssen die Verspätungen ziemlich häufig und ihr Umfang ziemlich gross sein.

Die Leistungsfähigkeit der Reichsbahn bleibt also immer weiter hinter dem Grade ihrer Beanspruchung zurück. Die Abnutzung des vorhandenen Wagenmaterials hat ein Mass erreicht, das zwingt, die Leistungen der Reichsbahn ihrer sinkenden Leistungsfähigkeit anzupassen und zu diesem Zwecke die Geschwindigkeit des Bahnverkehrs herabzusetzen. Man könnte meinen, dass käme daher, dass die Reichsbahnverwaltung das Tempo des vom Führer angekurbelten Aufschwungs nicht hat vorzusehen und daher nicht besser durch ausreichende Einstellung neuer Wagen vorsorgen können. In seinem Wochenbericht vom 15. Dezember 1937 stellt aber das *Institut für Konjunkturforschung* fest, dass nach seinen Berechnungen 1937 der Stand von 1929 von der gewerblichen Gütererzeugung um ein Sechstel, von der Güterbewegung auf Eisenbahnen und Binnenwasserstrassen aber erst wenig überschritten worden ist. Gemessen am Reichsbahnverkehr ist der Anteil der Binnenschiffahrt am Gütertransport seit 1929 von 22 auf 31 Prozent gestiegen. Die Leistung der Reichsbahn ist also seit dem letzten Konjunkturjahr der Republik nicht grösser, sondern kleiner geworden. Es bedurfte also auch im Dritten Reich keiner besonderen Mehranstrengung für die Reichsbahn, um den Verschleiss ihrer Anlagen durch Erneuerung zu ersetzen. Trotzdem aber konnten nach dem *Institut für Konjunkturforschung* „im September 1937 etwa 2,8 Prozent der angeforderten Wagen nicht rechtzeitig gestellt werden“ und

„auch in den folgenden Wochen haben sich trotz verschiedener Massnahmen zur Behebung des Wagenmangels ähnliche Verknappungserscheinungen gezeigt“.

Die Produktion hatte nach amtlicher Angabe nicht nur den Stand von 1928, sondern auch den des Hochkonjunkturjahres von 1929 überschritten, aber es „waren im vorigen Jahr gegenüber 1929 etwa 2,8 Millionen Wageneinheiten gleich 7,5 Prozent der gesamten Wagenstellung für den öffentlichen Verkehr weniger erforderlich.“ — „Infolge Abwanderung von Stückgütern zum Kraftwagen liegt der Wagenbedarf für die Stückgutbeförderung zur Zeit ebenfalls erheblich niedriger als in der damaligen Hochkonjunktur“.

Aber damals war von einem Mangel an Güterwagen nichts zu vernehmen, nun ist nach dem „Deutschen Volkswirt“ (7. 1. 38) der Bestand an Güterwagen in den letzten Jahren dermassen gesunken, dass heute etwa 70 000 bis 80 000 Wagen weniger vorhanden sind als 1929. Dass man an den Kosten der Erneuerung des Bahnmaterials in den Jahren der Wirtschaftskrise gespart hat, ist einigermassen verständlich. Aber ist es nicht erstaunlich, dass in der Aufschwungsperiode des Dritten Reiches nicht viel mehr für die Erneuerung des Verschleisses bei der Reichsbahn geschieht als zur Zeit, da die Republik von schwerster Krisennot befallen war? 1929 hatte die Reichsbahn für Oberbau und Strassenbau 1,9 Milliarden ausgegeben, 1935 nur 1,1 Milliarden, also um 800 Millionen Mark weniger, und 1935 ist für die Erneuerung des

Eisenbahnnetzes nicht mehr aufgewendet worden als die Republik im Krisenjahr 1931 dafür aufgebracht hatte. Aber zur Zeit der Republik war der „Schmachfrieden“ noch wirksam, die Ueberschüsse der Reichsbahn mussten damals in die Reparationskasse fliessen. Trotzdem konnten damals ansehnliche Beträge für Abschreibungen und Erneuerungen eingesetzt werden. 1928 hatte der Betriebsüberschuss der Reichsbahn 865 Millionen betragen, 1937 beträgt er noch 640 Millionen Mark. Während es aber in der Zeit des „Schmachfriedens“ noch dazu gereicht hat, 1928 fast eine Milliarde allein für den Oberbau aufzuwenden, war die Ausgabe dafür schon 1935 auf eine halbe Milliarde gesunken, und jetzt ist es soweit, dass die Reserve an Frachtraum aufgebraucht ist und nach dem *Institut für Konjunkturforschung* „die Reichsbahn von sich aus alle verfügbaren Reserven an Lagerraum dem Verkehr bereits nutzbar gemacht hat.“

Zweifelloos muss die Reichsbahn ihre finanziellen Reserven aufbrauchen, weil das Reich sie für die Aufrüstung in Anspruch nimmt. In ihrem Rückblick auf das Jahr 1937 wird dem Reich von der Reichsbahnverwaltung kundgetan, dass es in Zukunft entweder auf die Ueberschüsse der Reichsbahn als Finanzquelle oder auf die Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit wird verzichten müssen. Sie sagt voraus, für 1937 werde kein nennenswerter Ueberschuss ausgewiesen werden können. Aber gerade 1937, also in dem Jahre, in dem die Erschöpfung der Verkehrsmittel der Reichsbahn evident geworden war, hat sie ihren Tribut an die

Reichskassen von bisher jährlich 70 auf 156 Millionen erhöhen, also mehr als verdoppeln müssen. Es sieht also nicht so aus, als wolle die Hitlerregierung die Finanzen der Reichsbahn in Zukunft schonender behandeln. Der Anleihemarkt ist der Reichsbahn verschlossen, weil er für die Aufrüstung monopolisiert ist. Die Reichsbahn bleibt also, wenn sie den Verschleiss ihrer Verkehrsmittel nicht weiter treiben will, auf sich selbst angewiesen, und es bleibt ihr dann nur noch der Ausweg der Tarifierhöhung. Vorläufig aber wird die Reichsbahn von der Hitlerregierung gezwungen, sich auspowern und sogar ihre militärische Leistungsfähigkeit herabsetzen zu lassen. Das *Institut für Konjunkturforschung* stellt fest, dass es im Zusammenhang mit „den besonderen Anforderungen der Wehrmacht anlässlich der grossen Manöver zeitweise zu einer Verknappung vor allem an offenen Güterwagen“ gekommen sei. Was soll da erst im „Ernstfall“ werden!

Dem Mangel an Bahnmateriale sucht man durch gesteigerte Ausnutzung Herr zu werden. Aber die *Frankfurter Zeitung* stellt vorsichtig die Frage,

„ob die einzelnen Fälle von Maschinenschäden auf der Strecke, die sich in letzter Zeit ereignet haben, hierin ihren Grund haben oder in anderen Ursachen“.

„Würde die Grenze der Leistungsfähigkeit des rollenden Materials auch nur annähernd erreicht, so müsste dies ein erhebliches neues Unsicherheitsmoment in den Betrieb bringen.“

Das Reichsverkehrsministerium liess vor

einigen Wochen durch die Zeitung verbreiten, dass der Triebwagenverkehr Berlin—München, Berlin—Stuttgart und Berlin—Köln, der zeitweilig eingestellt war, wieder aufgenommen wird. Als Grund der Einstellung wurde angegeben der schlechte Zustand der Radachsen, die sämtlich durch neue ersetzt werden müssen. Sollen die Verkehrsstörungen nicht noch ein katastrophaleres Ausmass annehmen, so müssen Wagenpark und Oberbau grosszügig erneuert werden. Das war bisher daran gescheitert, dass der Reichsbahn zugunsten der Aufrüstung die Finanzmittel entzogen worden sind, jetzt wird sie auch noch mit Rohstoffen knapp gehalten so sehr, dass die Reichsbahn sich zur *Flucht in die Öffentlichkeit* hat entschliessen müssen, um dort von Göring zu fordern, was sie auf andere Weise nicht erlangen kann. In ihrem Jahresüberblick heisst es, dass Unterhaltung und Erneuerung in erster Linie von der Rohstofflage, Lieferschwierigkeiten und dem Arbeitermangel beeinflusst worden seien. Zwar weist der „Deutsche Volkswirt“ darauf hin, dass alle Eisenkontingente in vollem Umfange befriedigt werden können. Aber das ist offenbar nur dadurch ermöglicht worden, dass z. B. der Reichsbahn, die zu den bevorzugten Kontingenträgern gehört, ihr Anteil an der Eisenversorgung so knapp zugemessen worden ist, dass sie die Sicherheit ihrer Beamten und ihrer Fahrgäste aufs Spiel setzen muss.

Das Beispiel der Reichsbahn zeigt, dass der Vierjahresplan anderen Interessen dient als nur der Stärkung von Deutschlands Wehrhoheit, denn sonst brauchte man diese nicht in einer Weise zu betreiben, die die Reserven der Nation verbraucht und sogar das Kriegspotential selbst schwächt.

G. A. F.

## Praxis des Reichsgerichts

### Die Justiz ohne Blinde

„Im gesamten Rechtsstande“, sagt Frank in seiner Neujahrsadresse an den Nationalsozialistischen Rechtswahrer-Bund, „im gesamten Rechtsstande hat eine innere Aktivierung zu fachwissenschaftlicher und rechtskundlicher Arbeit stattgefunden“. Deutsch hiess die Inhalt dieses Satzes etwa: „Die im Rechtsleben Tätigen haben im abgelaufenen Jahre mehr gearbeitet und sind klüger geworden“.

Ist aber einer im Zuge der „Inneren Aktivierung“ nicht klüger geworden, so spricht ihn auch dieser Umstand frei. Nach ist das Reichsgericht klüger und gibt nach. Die Strafkammer hat ihn trotz seiner Unklugheit noch bestraft, wenn auch milde:

„Der Angeklagte hat als Amtsvorsteher bei der polizeilichen Vernehmung eines jugendlichen Beschuldigten diesen mit Ohrfeigen bedroht, um von ihm das Geständnis über einen ihm vorgeworfenen Diebstahl zu erreichen. . . . Bei der Strafzumessung wird aber als Milderungsgrund hervorgehoben, dass die allerdings falsche Auffassung des Angeklagten über die Wahl der zulässigen Mittel bei Führung einer Untersuchung auf seine gänzliche Ungeeignetheit für sein Amt zurückzuführen sei.“ Das Reichsgericht aber meint (2 D 509-37):

„Diese Ausführung ist nur dahin zu verstehen, dass der Angeklagte nach der Ansicht der Strafkammer das von ihm angewendete Zwangsmittel irrtümlich für erlaubt gehalten hat. Befand sich aber der „Angeklagte bei der Tat in diesem Irrtum, so konnte er Mangels des inneren Tatbestandes nicht aus Paragraph 343 St. G. B. verurteilt werden.“

Man gebe sich keiner Täuschung hin. „Ich habe nicht gewusst, dass ich gegen das Gesetz versties“ ist nicht immer eine genügende Entschuldigung. Wenn einer zum Beispiel durch die Post eine illegale Druckschrift zugesandt erhält und sie verbrennt, ohne der Polizei davon Mitteilung zu machen, dann befehlt ihn das Landgericht darüber, was er wissen muss (Jur. Wochenschrift, 1938 S. 36):

„Der Angeklagte hat von einer ihm unbekanntem Seite drei- bis viermal je ein Stück der „Gastwirtsgehilfenzeitung“ als Drucksache durch die Post zugesandt erhalten, zuletzt im Frühjahr 1936. Die Zeitschrift, die anscheinend im Auslande hergestellt und nach Deutschland eingeschmuggelt worden ist, auch keinerlei Angabe über Drucker, Verleger, Verfasser, Herausgeber oder verantwortlichen Schriftleiter trägt, hatte „ausgesprochen hochverräterischen Inhalt.“ Der Angeklagte hat, wie er unwiderlegt angibt, nur flüchtig in die Blätter hineingeschaut und sie dann verbrannt, ohne jemand anders davon Kenntnis zu geben. Der Polizei hat er keine Anzeige erstattet. . . .

Der Angeklagte hätte sich sagen müssen, dass von diesen Schriften, die offensichtlich nach der Art ihrer Herstellung und Verbreitung in Massen gedruckt und verschickt worden seien, in der Hand des Verteilers oder seiner Hinter-

männer noch ein weiterer Vorrat vorhanden sein müsste, der der Polizei noch nicht bekannt sei. . . . Er könne sich auch nicht darauf berufen, dass ihm die genannte Vorschrift der Verordnung unbekannt gewesen sei; im übrigen entsprechende diese Pflicht einem so selbstverständlichen Grundsatz, dass der gewandte Angeklagte auch ohne Kenntnis des Gesetzes diese Pflicht (nämlich die Druckschrift der Polizei abzuliefern) gekannt habe.“

Das Reichsgericht verweist zwar die Sache zur nochmaligen Verhandlung zurück, verlangt aber nur die Nachholung der Feststellung, dass der Angeklagte den hochverräterischen Inhalt erkannt hat und, dass die Druckschrift der Behörde damals noch unbekannt war. Wenn das Landgericht diese Aufgabe, deren Lösung ihm nicht schwer fallen kann, erfüllt haben wird, dann erklärt sich das Reichsgericht bereit, den Angeklagten in analoger Anwendung des Paragraphen 21 der Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes zu bestrafen.

Im übrigen ist es dankenswert, dass das Reichsgericht selbst einen oppositionellen Deutschen für so viel gewandter hält, als einen nationalsozialistischen Amtsvorsteher.

### Auslese

Die „gehobenen Klassen“ der Kölner Volksschulen fordern wie alljährlich zur Anmeldung auf. Die Schulzeugnisse dieser Klassen (8., 9. und 10. Schuljahr) verleihen die gleichen Berechtigungen wie die Abgangszeugnisse der Mittelschulen. In der Bekanntmachung des Schulrates heisst es:

„Es liegt im Wesen und Zweck dieser Einrichtung, dass nur *erbblologisch gesunde, körperlich und geistig hervorragend leistungsfähige* und charakterlich besonders wertvolle Schüler(innen) für die Aufnahme vorgeschlagen werden können.“ („Köln. Volkszeitung“ Nr. 21)

Nur „erbblologisch gesunde, körperlich hervorragend leistungsfähige Kinder“. Es ist gut für die deutsche Geistesgeschichte, dass dieses Ausleseverfahren nicht früher Schule gemacht hat. Wenn sie heute als armer Leute Kinder im Dritten Reich leben dürften — um willkürlich ein paar Namen herauszugreifen — die folgenden Deutschen keine „gehobene“ Volksschulklasse besuchen: *Johannes Keppler, Emmanuel Kant, Schleiermacher, Gluck, Carl Maria von Weber, Georg Christoph Lichtenberger, E. T. A. Hoffmann, Ludwig Tieck*, von *Joseph Goebbels* gar nicht zu reden.

### Interview mit Dr. Dodd

Der frühere Berliner Gesandte der Vereinigten Staaten, *William E. Dodd*, ist in seine Heimat zurückgekehrt. Er wurde in New York von einem Mitarbeiter des Reuters-Büros interviewt, der an ihn u. a. die Fra-

ge richtete: „Warum haben Sie um die Abberufung aus Berlin angesucht?“

Mr. Dodd erklärte, dass es für den Vertreter eines demokratischen Landes im heutigen Deutschland keine faktische Wirkensmöglichkeit mehr gäbe:

„Was könnte denn wohl ein Repräsentant der U. S. A. tun, in einem Land, wo jede Meinungsfreiheit unterbunden und jede geistige Initiative verpönt ist, in einem Land, in dem blinder Rassenhass an die Stelle freier wissenschaftlicher Forschung trat. . . .“

Dodd versicherte, dass zahlreiche hervorragende Männer, die im Dritten Reich zum Schweigen verurteilt sind, ihm unter vier Augen ihre Hochachtung und Zustimmung ausgesprochen haben, für die Entscheidung, mit der er es abgelehnt hatte, am Nürnberger Parteitagschauspiel teilzunehmen. Ferner erklärte er, dass seiner Ansicht nach das gesamte Leben im heutigen Deutschland einzig und allein in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt sei.

*Mogeln*. Oberst Löb warnte in einem Vortrag über Rohstoffschwierigkeiten die Unternehmer vor einem „Hinübermogeln“ mit geheimen Rohstoffbeständen. Eine bezeichnende Randbemerkung zu Görings Vierjahresplan!

## Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1,50 Frs (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise fuer das Quartal stehen in Klammern).

Argentinien Pes. 0,30 (3,60). Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), C. S. R. K. 1,40 (18.—), Danzig Guld. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen koennen erfolgen: **Paris** Credit Commercial de France, N° 529111 **Tschechoslowakei**: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Prag 46.149. **Oesterreich**: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Wip B-198.304. **Polen**: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Warschau 194.797 **Schweiz**: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Zürich Nr VIII 14.697. **Rumänien**: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. **Ungarn**: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. **Jugoslawien**: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

